

Baustein vier: Herausforderungen des sozialen Ausgleichs in der Wirtschaftsordnung Von Birgit Weber

Inhalt des Bausteins vier

Inhalt des Bausteins vier

Titelseite

Kapitel eins: Informationen für Lehrende

Kapitel eins eins: Einleitung

Kapitel eins zwei: Wirtschaften – ohne soziale Dimension?

Die soziale Dimension des Wirtschaftens

Die soziale Dimension der Marktwirtschaft

Die soziale Dimension der Wirtschaftswissenschaften

Kapitel eins drei: Die Herausforderungen einer angemessenen Verteilung

Entstehung und Verteilung der Markteinkommen

Finanzierung und Umverteilung des Steueraufkommens

Absicherung von Risiken versus Externalisierung von Kosten

Kapitel eins vier: Politik des sozialen Ausgleichs – mehr als Sozialpolitik

Kapitel eins fünf: Fazit: Wachstum als Aus- oder Irrweg?

Kapitel eins sechs: Literaturverzeichnis

Kapitel eins sieben: Internetquellen zur Datenrecherche

Kapitel zwei: Methodisch-didaktische Anmerkungen

Kapitel zwei eins: Inhalt

Themenblock eins: Marktlöhne – gerechte Löhne? Löhne zwischen Markt- und Bedarfsgerechtigkeit

Themenblock zwei: Gleichmäßigere Verteilung oder Armutsschutz? Herausforderungen der Umverteilung

Themenblock drei: Die beste Sozialpolitik – eine gute Wirtschaftspolitik? Sozialer Ausgleich erfordert mehr als Sozialpolitik

Kapitel zwei zwei: Unterrichtsgestaltung

Kapitel zwei zwei eins: Zielsetzung

Kapitel zwei zwei zwei: Zeitvolumen

Kapitel zwei zwei drei: Methoden

Kapitel zwei zwei vier: Fachliche Lernvoraussetzungen

Kapitel zwei zwei fünf: Anspruchsniveau der Unterrichtsmaterialien

Kapitel zwei drei: Hinweise zu den Aufgaben

Kapitel zwei drei: Themenblock eins: Marktlöhne – gerechte Löhne?

Kapitel zwei drei: Themenblock zwei: Gleichmäßigere Verteilung oder Armutsschutz?

Kapitel zwei drei: Themenblock drei: Die beste Sozialpolitik – eine gute Wirtschaftspolitik?

Kapitel drei: Lernmaterialien

Kapitel drei eins: Lernmaterialien zum Themenblock eins: Marktlöhne – gerechte Löhne? Löhne zwischen Markt- und Bedarfsgerechtigkeit

Kapitel drei eins eins: Warum verdienen Menschen unterschiedlich viel?

Lernmaterial eins: Einkommen zwischen Spitzen- und Durchschnittsverdiensten

Arbeitsvorschläge zu Lernmaterial eins

Kapitel drei eins zwei: Löhne zwischen Anreizen, Kosten und Bedarf

Lernmaterial zwei: Ob Arbeit oder Artischocken – Märkte sind Märkte!

Lernmaterial drei: Wir brauchen mehr Ungleichheit

Lernmaterial vier: Arbeiter sind aber keine Artischocken ...

Lernmaterial fünf: Arbeit – zu teuer oder zu billig?

Lernmaterial sechs: Das Lob des Lasters – Eigennutz macht alle reich

Arbeitsvorschläge zu den Lernmaterialien zwei bis sechs

Kapitel drei eins drei: Bedarf es einer politischen Unanständigkeitsgrenze?

Lernmaterial sieben: Eine Obergrenze für Managergehälter?

Lernmaterial acht: Soll ein Mindestlohn staatlich festgelegt werden?

Arbeitsvorschläge zu den Lernmaterialien sieben und acht

Kapitel drei zwei: Lernmaterialien zum Themenblock zwei: Gleichmäßigere Verteilung oder Armutsschutz?

Kapitel drei zwei eins: Umverteilung: notwendig und schädlich?

Lernmaterial neun: Notwendigkeit und Grenzen der Umverteilung und sozialen Absicherung

Lernmaterial zehn: Maße der Einkommensverteilung und -umverteilung

Lernmaterial elf: Ungleichheit in Deutschland

Lernmaterial zwölf: Leistungen und Finanzierung sozialer Sicherheit

Arbeitsvorschläge zu den Lernmaterialien neun bis zwölf

Kapitel drei zwei zwei: Privater Reichtum – Öffentliche Armut: Umverteilen – aber wie?

Lernmaterial dreizehn: Allgemeine Zielsetzungen eines sozialen Ausgleichs

Lernmaterial vierzehn: Prinzipien zur Ausgestaltung des sozialen Ausgleichs

Lernmaterial fünfzehn: Werden die Starken eher belastet oder eher geschont?

Lernmaterial sechzehn: Steuern oder Einnahmen?

Arbeitsvorschläge zu den Lernmaterialien dreizehn bis sechzehn

Kapitel drei zwei drei: Bürgerversicherung, Grundeinkommen, Negativsteuern ...?

Lernmaterial siebzehn: Herausforderungen der gegenwärtigen Absicherung

Arbeitsvorschläge zu Lernmaterial siebzehn

Kapitel drei drei: Lernmaterialien zum Themenblock drei: Die beste Sozialpolitik – eine gute Wirtschaftspolitik?

Aufgabenvorschläge zur Reflexion der bisherigen Themenblöcke

Die soziale Marktwirtschaft – noch sozial?

Eine Prioritätenliste für den sozialen Ausgleich

Lernmaterial achtzehn: Positionen von Ökonomen zum Verhältnis von Wirtschaft, Wachstum und Ungleichheit

Arbeitsvorschläge zu Lernmaterial achtzehn

Titelseite



Kapitel eins: Informationen für Lehrende

Kapitel eins eins: Einleitung

Viele Kritiker sprechen Marktwirtschaften die soziale Funktion ebenso ab wie dem ökonomischen Entscheiden und Handeln selbst. Auch die Wirtschaftswissenschaften, die sich vor allem um die Erklärung von Märkten und deren Gestaltungsoptionen bemühen, erscheinen oft als „inhumane“ Wissenschaft, deren illusionslose Erkenntnis darin gipfelt, dass nichts im Leben umsonst ist und alles seinen Preis hat: „There is no such thing as a free lunch“, wie es in einer englischen Redewendung heißt, die unter anderem von Milton Friedman Mitte der 1970er Jahre popularisiert wurde (Friedman 1975).

Im Zentrum der Kritik steht die sogenannte Ökonomisierung der Gesellschaft auf drei Ebenen:

- der Ordnungsebene als Übertragung der Marktlogik auf bisher verschonte Bereiche,
- der Prozessebene als Ausrichtung aller Prozesse auf Produktivität und Effizienz,
- der Subjektebene als Zwang des Individuums zur Selbstoptimierung.

Dabei bleibt oft unberücksichtigt, dass mit oder ohne Marktlogik wirtschaftliche Entscheidungen die Abwägung des Einsatzes knapper Mitteln erfordern. Entsprechend richtet sich die Kritik stärker auf die mit der sogenannten Ökonomisierung verbundene Ausrichtung der Kapitalverwertung an ökonomischen Kennziffern, die vor allem Kostensenkung und Gewinnmaximierung messen, ohne Rücksicht auf die Beschäftigten oder jene, die entweder kein oder zu wenig oder nicht das gewünschte Kapital zur Verfügung haben.

Gerade in den Sozialwissenschaften wird schnell von der Soziologie erwartet, die sozialen Verhältnisse und die soziale Ungleichheit differenziert zu untersuchen, von der Politikwissenschaft werden sozialverträgliche Lösungen zur Zähmung der Marktkräfte erhofft, während die Wirtschaftswissenschaften als ignorant gegenüber sozialen Problemen, wenn nicht gar als deren Verursacherin angeprangert werden. Dabei stellt die Frage der Verteilung von Einkommen, Gütern, Sicherheit und Lebenschancen auch eine zentrale Herausforderung für Ökonomie und Ökonomik dar.

Entsprechend geht es in diesem Beitrag darum, die pauschale Verurteilung des Wirtschaftens, der Wirtschaftsordnung sowie der Wirtschaftswissenschaften zu relativieren, gleichwohl aber auch ihre Grenzen deutlich zu machen. Gegenüber einer oft umfassend geforderten Begrenzung der Ökonomisierung verlangt die „soziale Frage“ differenzierte Abwägungsentscheidungen, die ohne eine Vorstellung von den dahinter liegenden ökonomischen Prozessen, der Funktion der Einkommensverteilung über den Markt, der möglichen Umverteilung über Steuern und der Risikoabsicherung über Versicherungen kaum angemessen getroffen werden können. Vor diesem Hintergrund lassen sich erst Möglichkeiten und Grenzen der Marktwirtschaft für einen sozialen Ausgleich beurteilen. Es lässt sich aber auch feststellen, dass eine einfache Lösung von Verteilungsfragen weder allein über Sozialpolitik noch über Wirtschaftspolitik bereitsteht.

Kapitel eins zwei: Wirtschaften – ohne soziale Dimension?

Die soziale Dimension des Wirtschaftens

Wirtschaften hat schon dadurch eine wichtige soziale Funktion, da es zum verantwortlichen Umgang mit knappen Ressourcen beiträgt:

- Indem Individuen in privaten Haushalten reflektierte Entscheidungen über ihre verfügbaren Ressourcen treffen, können sie die Bedürfnisse ihrer Mitglieder besser befriedigen und die direkte Abhängigkeit von anderen Gruppen mindern.
- Indem Unternehmen sparsam mit verfügbaren Ressourcen umgehen, können sie nicht nur für Konsumenten preisgünstige Angebote bereitstellen; sie dienen auch im Interesse der Beschäftigten der längerfristigen Unternehmensexistenz.
- Indem der Staat nicht verschwenderisch mit den verfügbaren Ressourcen umgeht, kann er mehr Aufgaben erfüllen, mehr oder bessere öffentliche Güter bereitstellen, mehr notleidenden Individuen helfen oder den Bürgern selbst die Entscheidung über ihre Bedarfe überlassen.

Wirtschaften nach dem ökonomischen Prinzip bedeutet also zunächst einen sorgsam und verantwortlichen Umgang mit den verfügbaren Mitteln, so dass entweder mehr oder besser Ziele erreicht werden können. Es sagt aber erstens nichts darüber aus, welche Ziele erreicht werden sollen. Und zweitens bleiben Unterschiede zwischen ressourcenarmen und -reichen Haushalten sowie Unternehmen unberücksichtigt: Eine gegebene Verteilung wird durch die Dimension des Wirtschaftens erstmal nicht tangiert.

Die soziale Dimension der Marktwirtschaft

Dass es um der Humanität willen Eingriffe in die Wirtschaftsordnung bedarf (Alfred Müller-Armack), war den ordoliberalen Vordenkern der sozialen Marktwirtschaft ebenso bewusst wie die Annahme, dass der Staat eine ausgleichende Rolle jenseits der Interessengruppen einnehmen sollte (Alexander Rüstow). Allerdings meinten viele ordoliberale Vordenker damit nicht zwangsläufig eine umverteilende Sozialpolitik: Für den deutschen Ökonomen Walter Eucken war eine richtig verstandene Sozialpolitik identisch mit einer Politik zur Ordnung der Wirtschaft, während Ludwig Erhard eine funktionierende Marktwirtschaft schon dadurch für sozial hielt, dass sie die Wohlfahrt der Konsumenten mehre.

Nach dem Prinzip, dass nicht mehr zu konsumieren ist, als vorab erwirtschaftet wurde, sollte eine dem Wettbewerb unterworfenen Wirtschaftsordnung den Wohlstand v.a. dadurch mehren, dass

- sich die Anbieter am Konsumenteninteresse ausrichten,
- sich daran auch die Allokation der Produktionsfaktoren orientiert,
- erst dann eine angemessene Distribution der Einkommen (und damit auch der erzeugten Güter) nach der Marktleistung erfolgt,

so dass durch Umverteilung schließlich lediglich verbleibende Notlagen zu lindern wären.

Demnach wäre eine gute Wirtschaftspolitik schon Sozialpolitik, wenn sie als Ordnungspolitik leistungsfähige, machtbegrenzende und ressourcenschonende Wettbewerbsmärkte fördert, die sich an den Interessen der Konsumenten ausrichten müssen, so dass die Konsumentenrente zulasten der Produzentenrente und außerdem Innovationen gefördert werden. Auf diese Weise werde für die Entstehung wachsender Einkommen als unverzichtbare Verteilungsbasis gesorgt, die deshalb auch möglichst wenig behindert werden soll. So halten Hank und Plumpe diese – um entsprechende rechtliche Institutionen erweiterte – freiheitliche Wettbewerbsordnung für die einzige Wirtschaftsordnung, „in deren Zentrum die Bedarfsbefriedigung der einfachen Menschen steht“ (Textquelle: Hank und Plumpe 2012, Seite 10), es also günstig verfügbare Güter im Sinne der Bedarfs-, und nicht zwangsläufig der Bedürfnisbefriedigung gibt.

Das zunächst Paradoxe ist, dass die künftige Erhöhung des Verteilungsspielraums durch gegenwärtige Ungleichheit erkaufte wird, wobei die Verfolgung des Eigennutzes unbeabsichtigt dem Gesamtwohl dienen sollte. Dies wurde zunächst mit der Vorteilhaftigkeit des Lasters (Textquelle: Mandeville), später durch die Metapher der unsichtbaren Hand (Textquelle: Adam Smith) begründet, die die Eigennutzorientierung in geeigneten Rahmenbedingungen gewähren ließ, mögliche schädliche Auswüchse aber begrenzen sollte. So ist die

marktwirtschaftliche Wettbewerbsordnung eng verknüpft mit Anreizen, die ein gewisses Ausmaß an Ungleichheit als Leistungsanreiz vorsehen und ermöglichen, sich die Erträge der eigenen Leistung beziehungsweise der Risikoübernahme anzueignen, aber auch für angerichtete Schäden zu haften. Zu lösen ist dabei allerdings das Problem, dass Investitionen, die höheren Wohlstand in der Zukunft versprechen, in der Regel durch Konsumverzicht in der Gegenwart erkaufte werden, so dass diese Risiken irgendwie kalkulierbar sein müssten, um sie überhaupt einzugehen.

Die soziale Dimension der Wirtschaftswissenschaften

Indem sich Wirtschaftswissenschaften v. a. mit der Bewältigung bzw. Minderung von absoluten und relativen Knappheiten beschäftigen, ist ihr Erkenntnisinteresse auf die Förderung des gesellschaftlichen Wohlstands ausgerichtet, womit ihnen durchaus eine soziale Funktion zukommt. Den meisten Ökonomen gilt wirtschaftliches Handeln als geeignetes Verhalten von Haushalten, Unternehmen und Staaten zur Bewältigung und zum Umgang mit absoluten und relativen Knappheiten einerseits, während sie andererseits in der Regel Wettbewerbsmärkte für einen geeigneten Mechanismus halten, die nicht bekannten Bedürfnisse einer großen Zahl mit den in einer Gesellschaft verfügbaren Mitteln zum Ausgleich zu bringen. Dabei sind auch in den Wirtschaftswissenschaften die Grenzen des Marktmechanismus durchaus bekannt:

So funktioniert die Allokation als Zuteilung der Produktionsfaktoren hinsichtlich der Produktion von Gütern nicht immer zufriedenstellend; es bedarf eines funktionsfähigen Wettbewerbs, bei Kollektivgütern droht Übernutzung, durch Kostenexternalisierung können Schäden auf Dritte verlagert werden und Informationsasymmetrien beeinträchtigen die Konsumentensouveränität.

Die Distribution als Verteilung der Einkommen und produzierten Güter lässt jene unberücksichtigt, die keine vom Markt entlohnten produktiven Leistungen erbringen (können). Entsprechend ist nicht die prinzipielle Notwendigkeit der Absicherung, sondern v. a. Form und Ausmaß umstritten.

Marktwirtschaftliche Abstimmungsprozesse mögen zwar langfristig gesamtwirtschaftliche Gleichgewichte bewirken, dies kann trotzdem zu länger andauernden Ungleichgewichten mit erheblichen sozialen Verwerfungen führen.

In diesen Fällen setzen auch Ökonomen auf geeignete staatliche Maßnahmen, wenngleich viele der Ansicht sind, dass solche Maßnahmen v. a. die Knappheitsinformationen über die Preisbildung im Rahmen des wettbewerblichen Marktmechanismus möglichst wenig beeinträchtigen sollten.

Kapitel eins drei: Die Herausforderungen einer angemessenen Verteilung

Die ökonomische Fokussierung einer angemessenen Verteilung ist somit von weit mehr abhängig als lediglich von einer ungleichen Verteilung der Einkommen.

Entstehung und Verteilung der Markteinkommen

Zuerst interessiert die Entstehung der Markteinkommen und ihrer Verteilung, die auch vom Wettbewerb abhängig ist. Diese stellen die Voraussetzungen für eine spätere Umverteilung dar, auch wenn diese erst im „Verteilungskampf“ um die Ressourcen entschieden wird.

Die Markteinkommen gelten als Preise für Kapital und Arbeit. Gemäß dem Verhältnis von Angebot und Nachfrage entstehen die Letzteren auf dem Arbeitsmarkt, so dass sich eine hohe Nachfrage bei geringem Angebot in Spitzenlöhnen etwa von Weltmeistertorschützen beziehungsweise Managern multinationaler Konzerne ausdrückt, während eine niedrige Nachfrage bei hohem Angebot etwa Gering- oder nicht marktgerecht und damit austauschbar Qualifizierter sich in solchen zum Leben kaum reichenden Niedriglöhnen äußert. Zwar lässt sich durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage die Existenz der Unterschiede erklären, kaum aber das Ausmaß der Diskrepanz, die wiederum nicht unabhängig ist von der Marktleistung auf den jeweiligen Gütermärkten.

Allerdings wird angenommen, dass die Entstehung und Verteilung der Markteinkommen auf der grundsätzlichen Freiheit des Vertragsabschlusses gleichberechtigter Partner und der Markttransparenz beruhe. Da aber viele Anbieter von Arbeit in der Regel nichts anderes verwerten können als ihre Arbeitskraft, können sie im unteren Preisbereich nicht einfach ihr Angebot einschränken, vielmehr müssten sie – soweit kein

Ersatzeinkommen verfügbar ist oder die Entwicklung neuer Qualifikationen finanziert werden kann – ihr Arbeitsangebot ausweiten, also eine anomale Angebotsreaktion entfalten. Dabei existieren zudem Informationsasymmetrien.

Gleichzeitig wird davon ausgegangen, dass Arbeit und Kapital ihren Preis nach der Marktleistung auf den Gütermärkten erzielen, dabei bleibt aber die Verteilung zwischen beiden unberücksichtigt. Arbeitnehmerverbände versuchen diese anomalen Angebotsreaktionen zu mindern und sich ihren Anteil am gemeinsam erwirtschafteten zu erstreiten, wobei ihre Durchsetzungsmacht auch vom Organisationsgrad abhängig ist. Da dieser in den vergangenen Jahren zurückgegangen ist, wird der Ruf nach einer letzten zentralen Instanz als Schutzmacht für eine Lohnuntergrenze laut. Gleichzeitig besteht die Gefahr, dass eine flächendeckende Einführung eines Mindestlohns zunächst den Insidern nutzt, also den Beschäftigten, die Arbeit haben, während er sich – in Abhängigkeit von der Höhe – auch als Markteintrittsbarriere für die Outsider erweisen und Rationalisierungsinvestitionen fördern könnte.

Neben diesen bei der Entstehung und Verteilung von Markteinkommen zu berücksichtigenden Reaktionen des Arbeitsmarkts ist zu bedenken, dass die Markteinkommen noch keinen Wert an sich darstellen, wenn etwa die Kaufkraft der Einkommen von der Preisentwicklung der Güter abhängig ist, wenn für das gleiche Gut weniger Arbeitszeit aufgebracht werden muss oder wenn die Haushaltsausstattung mit wichtigen Gebrauchsgütern soweit fortgeschritten wäre, dass nur beschränkter Ersatzbedarf bestünde. Auch eine marktgerechte Verteilung ist abhängig davon, dass ein angemessener Wettbewerb existiert bzw. ein Missbrauch von Marktmacht durch wettbewerbsschützende Institutionen verhindert werden kann. Gleichzeitig stellen höhere Löhne für Individuen auch einen Produktivitätsantrieb dar und dienen als Anreiz in die eigene Qualifikation zu investieren. Somit fördern sie einerseits Wachstum, Beschäftigung und Produktivität und stärken andererseits die Binnennachfrage durch einkommensschwache Haushalte mit hoher Konsumquote.

Finanzierung und Umverteilung des Steueraufkommens

Die Markteinkommen bilden die Voraussetzungen für ein Steueraufkommen, das für staatliche Aufgaben, aber auch zur Umverteilung von Einkommen und zur Bereitstellung öffentlicher Güter verfügbar ist. Dabei ist zu berücksichtigen, wer in welchem Ausmaß zur Finanzierung beiträgt bzw. wer Leistungen erhält.

Steuern sind zunächst hoheitlich erhobene Zwangseinnahmen. Sie werden von den Wirtschaftsbürgern aufgebracht, wofür sie keine direkten Gegenleistungen erhalten, während der Staat damit öffentliche Aufgaben finanziert. Diese Konstruktion ist mit Anreizen verbunden, die sich gut mit dem Gefangenendilemma beschreiben lassen. Da den Steuerzahlungen keine direkten Gegenleistungen gegenüberstehen, mag der Einzelne der selbstbestimmten Einkommensverwendung ein höheres Gewicht beimessen. Auch mag die Neigung geringer sein für Leistungen aufzukommen, die mit anderen geteilt werden, die anderen zukommen oder die man gar ohne Zahlung in Anspruch nehmen kann. Gleichzeitig könnte das Anreize stärken, Steuerzahlungen zu vermeiden und Ausweichreaktionen in die Schattenwirtschaft oder in Steueroasen zu forcieren. Dies gilt vor allem dann, wenn staatliche Institutionen keinen erkennbaren Mehrwert bereitstellen und wenn Steuervermeidung als Kavaliersdelikt und weniger als Straftatbestand angesehen wird.

Steuern können grundsätzlich auf Einkommen oder Verbrauch erhoben werden; die Einziehung kann abhängig von der Nutzung öffentlicher Güter erfolgen; und der Steuertarif kann progressiv, proportional oder regressiv gestaltet sein. Zudem können Möglichkeiten der Steuerbefreiung gewährt werden. Wird die Steuer in Abhängigkeit vom Einkommen gezahlt, steigt die zu zahlende Steuer absolut, das heißt unabhängig von der proportionalen oder progressiven Tarifgestaltung mit dem von der Marktleistung abhängigen Einkommen. Entsprechend bedingt der progressive Steuersatz aus der Sicht mancher angebotsorientierter Ökonomen (zum Beispiel Woll 1984) schon die Umwandlung der „Leistungsgesellschaft“ in eine Gesellschaft der „Verantwortungslosigkeit“.

Demgegenüber ließe sich der progressive Steuersatz allerdings auch legitimieren (a) durch den höheren Nutzen oberer Einkommensschichten aus öffentlichen Gütern, etwa dem Eigentumsschutz und dem tertiären Bildungsangebot, (b) dem Gesetz des abnehmenden Grenznutzens, wonach ein zusätzlicher Euro den unteren Einkommensgruppen einen größeren Nutzen stiftet oder (c) mit der Kompensation der Verteilungswirkung der Verbrauchssteuern. Verbrauchssteuern sind in ihrer Wirkung eher regressiv: Da untere Einkommensklassen eine in Bezug zum Einkommen höhere Konsumquote aufweisen, zahlen sie einen höheren Einkommensanteil an Konsumsteuern, der auch durch die differenzierten, willkürlich erscheinenden Mehrwertsteuersätze nur

unangemessen berücksichtigt wird.

Zudem existiert keine einfache Gleichung für die Abhängigkeit von Steuersatz und Steuereinnahmen, von Steuersubjekt und Steuerfinanzierung, da die Steuerwirkung von der Reaktion der Individuen abhängt. Höhere Steuereinnahmen lassen sich nicht zwangsläufig mit höheren Steuersätzen erreichen, vielmehr mag es sich bei hohen Steuersätzen eher als bei niedrigen lohnen, Zeit und Geld für Ausweichstrategien zu verwenden. Auch wenn eine Steuer politisch erwünscht bestimmte Steuersubjekte treffen sollte, muss diese Umverteilung nicht wirksam werden, wenn diese Kosten auf andere überwältigt oder verlagert werden können, etwa auf jene, die solche Ausweichmöglichkeiten nicht haben.

Öffentliche Aufgaben können sowohl über Steuern als auch über ihre Nutzer finanziert werden, vor allem wenn bestimmte Nutzer überdurchschnittlich davon profitieren. Gleichzeitig kann ein Angebot an öffentlichen Gütern private Anbieter verdrängen, die individuelle Vorsorge- oder Leistungsbereitschaft begrenzen und so ebenfalls unerwünschte Verteilungswirkungen hervorrufen.

Die Konstruktion eines solchen Gegensatzes macht es sich aber zu einfach. Im Rahmen einer angebotsfördernden Wirtschaftspolitik (zum Beispiel Erhard, Eucken, Molitor, Berthold) wird der soziale Ausgleich oft unzulässig als reiner Kostgänger verkürzt, der die Erhöhung des Verteilungsspielraums durch Minderung von Leistungsanreizen behindert und die Flexibilität des Marktausgleichs stört. Im Gegensatz dazu sieht eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik (zum Beispiel Lampert, Struwe, Bäcker, Rürup) den sozialen Ausgleich als konjunkturellen Stabilisator zur Förderung der Binnennachfrage, der über die Absicherung von Risiken die Investitionsbereitschaft überhaupt erst initiiert und die Produktivität fördert, während er schließlich für die Akzeptanz der Ordnungen sorgt und ihre Schutzkosten mindert.

Absicherung von Risiken versus Externalisierung von Kosten

Ist der eigene Beitrag zur Einkommensentstehung durch mangelnde Verfügbarkeit nachgefragten Sach- oder Humankapitals oder reduzierte Leistungsfähigkeit beschränkt, besteht nur eine begrenzte Möglichkeit, Markteinkommen zu erzielen und in die eigene Vorsorge oder auch Zukunft zu investieren. Hinzu kommt, dass durch den Wettbewerb sich unterschiedliche Startvoraussetzungen auf Dauer potenzieren und verfestigen.

Nun können Individuen sich selbst gegen potenzielle Risiken über Versicherungen absichern, so dass eigentlich kein politischer Handlungsbedarf bestünde. Das Geschäftsmodell einer Versicherung ist die Absicherung solcher Risiken, von denen die meisten hoffen, dass sie nicht eintreten, von denen Einzelne aber durchaus betroffen sein können, so dass die Menge der kleinen Beiträge der Versicherten den Schutz Einzelner, der man auch selbst sein kann, gewährt.

In welchem Umfang eine solche Versicherung für bestimmte Lebensrisiken allerdings von selbst entsteht, ist von den Grundeigenschaften und vom Verhalten der Nachfrager und Anbieter abhängig (vergleiche Molitor 1987). Der Preis für künftige Sicherheit ist gegenwärtiger Konsumverzicht. Mit steigendem Einkommen wächst die Möglichkeit, Anteile für die Zukunft zurückzulegen, gleichzeitig ist ein höherer Lebensstandard zu sichern. Deswegen gilt auch die Nachfrage nach Sicherheit als einkommenselastisch, das heißt, sie wächst mit steigendem Einkommen. Gleichzeitig verlangt die Versicherungsentscheidung sichere gegenwärtige Kosten für einen unsicheren Zukunftsnutzen, so dass die Nachfrage trotz unterschiedlicher Risikobereitschaft oft weniger hoch ist als zur Absicherung erforderlich.

Die Anbieter von Sicherheit werden zudem wenig geneigt sein, Risiken mit hohen Kosten abzusichern. Dies gilt etwa für Individuen, die wahrscheinlich hohe Kosten verursachen (zum Beispiel chronisch Kranke) oder die die nachgefragte Sicherheit tatsächlich auch in Anspruch nehmen wollen (zum Beispiel Frauen im gebärfähigen Alter); das gilt auch für Risiken, die eine hohe Anzahl an Menschen zum gleichen Zeitpunkt betreffen (zum Beispiel bei konjunktureller Arbeitslosigkeit) oder mit unkalkulierbarer Kostenhöhe (zum Beispiel AKW-Unfall) verbunden sind. Entsprechend würde durch privates Angebot und private Nachfrage weniger Sicherheit entstehen, als gerade für ärmere Bevölkerungsgruppen notwendig wäre. Zudem sind Güter sozialer Sicherheit häufig Vertrauensgüter, deren Qualität weder vor noch nach Vertragsschluss angemessen beurteilt werden kann. Deshalb stehen Kunde und Dienstleister in einem schwierigen Verhältnis, das von Zielkonflikten und Informationsasymmetrien geprägt ist.

Solange der Risikofall nicht vorliegt, könnte der Kunde geneigt sein, seine steigenden Beiträge durch einen mutwillig herbeigeführten Versicherungsfall, der Einkommensersatzleistungen beschert, zu kompensieren oder

auch sorglos mit den Risiken umzugehen (Moral-hazard-Verhalten). Tritt aber der Risikofall tatsächlich ein, ist der Kunde als Einzelner in der schwächeren Position gegenüber dem Versicherungsunternehmen, da er beeinträchtigt ist und somit ausgebeutet werden kann, geringe Substitutionsmöglichkeiten hat und aufgrund von Informationsasymmetrien kaum beurteilen kann, ob die erhaltene Leistung sinnvoll, notwendig, angemessen und ausreichend ist. Wenn der Anbieter darüber hinaus „schlechte Risiken“ zu vermeiden sucht (adverse Selektion), bedarf es eines staatlichen Kontrahierungszwangs, der nun wiederum die Anbieter in Notlagen bringen könnte, so dass diese nach Wegen suchen könnten, sich jener kostenverursachenden, sogenannten schlechten Risiken zu entledigen. Fördert oder erzwingt der Staat allerdings individuelle Vorsorge, muss er gleichzeitig dafür sorgen, dass die Einlagen auf solchen Zukunftsmärkten mit Vertrauensgütern sowohl vor unseriösen Anbietern als auch vor Geldwertverlust geschützt werden.

Wenn also die Erhöhung des Verteilungsspielraums auch davon abhängig ist, dass Individuen bereit sind, Unsicherheiten zu tragen, indem sie beispielsweise in Human- oder auch in Sachkapital investieren, bedarf es einer gewissen Risikobegrenzung. Diese hat vor allem dort ihre Grenzen, wo sich Einzelne beziehungsweise Gruppen auf Kosten der Allgemeinheit schadlos halten, Risiken auf Dritte verlagern und sich den gemeinsamen Aufgaben entziehen können. Und sie hat zu berücksichtigen, dass die Chancen gesellschaftlicher Gruppen auf politische Einflussnahme ebenfalls ungleich verteilt sind.

Kapitel eins vier: Politik des sozialen Ausgleichs – mehr als Sozialpolitik

Unerwünschte Marktergebnisse, die den gesellschaftlichen Werten entgegenstehen, erfordern Korrekturen auf unterschiedlichen Ebenen:

- eine Wirtschaftspolitik, die die Einkommensentstehung nicht unnötig behindert, aber auch eine Wettbewerbspolitik, die Marktmacht mindert und ihrem Missbrauch vorbeugt;
- eine Beschäftigungs-, Gesundheits- und Bildungspolitik zur Sicherung eines eigenständigen und dauerhaften Einkommenserwerbs;
- eine Sozialpolitik, die die individuelle Vorsorge fördert, aber auch eine Geldpolitik, die die Voraussetzungen der Vorsorgebereitschaft nicht durch mangelnde Preisniveaustabilität konterkariert;
- eine Finanzpolitik, die über die Erhebung von Steuern und die Finanzierung von Einkommensersatzleistungen sowie die Bereitstellung von öffentlichen Gütern bei den Einkommensschwachen erst die Voraussetzungen materieller Teilhabe schafft, aber auch Ausweichreaktionen begrenzt; und
- eine existenzielle Notlagen absichernde Fürsorge, die eine eigenständige Einkommenssicherung aber nicht behindert.

Welche Maßnahmen aber welche Ziele besonders wirksam erreichen, welche unbeabsichtigten Nebenfolgen mit ihnen einhergehen und sie bestenfalls begrenzen können, ist eine Frage der konkreten Ausgestaltung, die die Effektivität der Zielerreichung, die Kostengünstigkeit ihrer Realisierung sowie die Praktikabilität und politische Durchsetzbarkeit zu berücksichtigen hat. Dies erfordert vielseitige Abwägungsentscheidungen statt eines einfachen Entweder-Oder:

- Wie viel soziale Absicherung wird zulasten wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit erwünscht? In einem einfachen Modell erfolgt die Wahl zugunsten des einen Pols zulasten des anderen. Vernachlässigt wird dabei aber die Interdependenz: Welches Ausmaß an sozialer Sicherheit benötigt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit? Mangelnde soziale Absicherung kann wirtschaftliche Kosten verursachen, etwa mangelnde Leistungsfähigkeit aufgrund fehlender Bildung und Gesundheit, Produktionsausfall durch Streiktage, defensive Kosten durch Anstieg der Kriminalität und sozialen Aufruhr. So bezeichnet Gernot Gutmann Sozialleistungen in gewissem Umfang auch „als Prämie für die Einwilligung in eine leistungsfähige Wirtschaftsordnung“ (Textquelle: Gutmann 1998, Seite 102).
- Inwiefern soll allein soziale Not gelindert oder auch der Lebensstandard gesichert werden? Setzt eine Gesellschaft vor allem darauf, soziale Notlagen zu mindern, muss sie auch dafür sorgen, individuelle Vorsorgebereitschaft zu fördern (Zuschüsse, Steuererleichterung) beziehungsweise gegebenenfalls sogar

zu erzwingen (Pflichtversicherung). Andernfalls läuft sie Gefahr, dass Menschen Vorsorge vernachlässigen, da sie durch die Gemeinschaft abgesichert sind.

- Inwiefern sollte die soziale Sicherung eher über Steuern oder Sozialversicherungsbeiträge, proportional oder progressiv, nach dem Äquivalenzprinzip oder solidarisch finanziert werden? Sowohl Steuern als auch Sozialversicherungsbeiträge gehen mit Ausweichanreizen einher (Steuerberater, Schattenwirtschaft, Steueroasen), die umso höher sind, je höher die zu tragenden Kosten erscheinen und je geringer der daraus gezogene Nutzen. Während mit Steuern kein einklagbarer Anspruch einhergeht, begründen Versicherungsbeiträge einen Leistungsanspruch für den Risikofall und gelten damit auch als individuelle Vermögensansprüche. Als Sozialversicherungsbeiträge auf Arbeitseinkommen werden aber jene Unternehmen belohnt, die kapitalintensiv produzieren, und jene bestraft, die arbeitsintensiv produzieren.
- Inwiefern können staatliche Institutionen oder Unternehmen im Wettbewerb das gewünschte Gut günstiger und qualitativ besser herstellen? Bei Monopolen oder auch Kartellen besteht angesichts überhöhter Preise, zu geringer Mengen und mangelnder Qualität eher die Gefahr der Unterversorgung, während Wettbewerber, die um ein bestimmtes staatlich mögliches Budget konkurrieren, zu Überversorgung neigen, zumal wenn ein Lender of last Resort Defizite ausgleicht. In beiden Fällen wären mündige Konsumenten erforderlich, die das Leistungsangebot beurteilen könnten, unabhängige, neutrale Instanzen, die eine Informations- und Kontrollfunktion übernehmen sowie schließlich eine Macht, die eine Sanktionsfunktion ausüben kann.

Kapitel eins fünf: Fazit: Wachstum als Aus- oder Irrweg?

Alle Einkommen – ob Markt- oder Sozialeinkommen – sind letztlich aus dem in einer Periode erwirtschafteten Einkommen (einschließlich der Auslandserträge) zu finanzieren. Entsprechend groß ist das Interesse, durch Wirtschaftswachstum die Verteilungsspielräume zu erhöhen. Dabei mag aber irgendwann ein Zeitpunkt erreicht sein, an dem

- die ökologischen Schäden größer sind als die zusätzlichen Erträge,
- die Verteilungsspielräume nicht mehr erhöht werden und
- das Einkommen das individuelle Glück bzw. die Lebenszufriedenheit nach dem Gesetz des abnehmenden Grenznutzens nicht mehr steigert (Textquellen zum Beispiel: Skidelsky und Skidelsky 2013; Layard 2005).

Die Finanzierung sozialer Leistungen kann Leistungsanreize mindern, indem sie sich zunächst als Kosten für die Erwerbstätigen, Unternehmen und Volkswirtschaften erweisen. Ein Mangel an sozialen Leistungen könnte aber ebenso problematisch sein, wenn einerseits die Arbeitsproduktivität beeinträchtigt sowie Modernisierung und Strukturwandel gebremst werden und andererseits die unüberbrückbare Kluft zwischen Vermögenden und eher wenig Besitzenden oder Besitzlosen das Leistungsprinzip in Frage stellt, aus denen moderne Gesellschaften im Gegensatz zu Standesgesellschaften ihre Legitimation ziehen.

Die Diskussion des Ziel- und Prioritätensystems zur Absicherung sozialer Risiken und zur Minderung sozialer Ungleichheit kann – unter Beteiligung der gesellschaftlichen Gruppen – nur im politischen Diskurs erfolgen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass unterschiedliche soziale Gruppen ungleiche Partizipationschancen oder auch Drohpotenziale entfalten können oder über legale oder illegale Exitoptionen verfügen (Textquellen: Zucman 2013; Stiglitz 2012). In diesem Diskurs urteilsfähig Stellung zu beziehen, erfordert einen Einblick in die prinzipielle Notwendigkeit sozialer Leistungen, die privat nicht in ausreichendem Umfang nachgefragt oder angeboten würden, die Einschätzung der Kosten und Nutzen sowie die Abschätzung der beabsichtigten und unbeabsichtigten Nebenwirkungen.

Wirtschaftspolitischer Erfolg sowie soziale Gerechtigkeit und Sicherheit müssen kein Gegensatz sein, vielmehr bedingen sie einander. So stellt sich auch nicht die Frage, ob die primäre Einkommensverteilung korrigiert und Maßnahmen zur sozialen Absicherung überhaupt existieren sollen, sondern nur in welchem Ausmaß soziale Absicherung erfolgen bzw. soziale Ungleichheit zugelassen werden soll. Ökonomisches Denken hilft dabei, die zahlreichen Ausweichreaktionen, Neben- und Wechselwirkungen zu analysieren sowie über die konkrete Ausgestaltung zu reflektieren. Welches Ausmaß an Risiko und Ungleichheit für wohlförderlich und gesellschaftsverträglich angesehen wird, ist dabei ebenso abhängig vom gesellschaftlichen Diskurs wie die

Frage, ob es Unanständigkeitsgrenzen der Kluft zwischen oben und unten gibt.

Kritisch bleibt zweifellos zu hinterfragen, ob die Wirtschaftswissenschaften sich tatsächlich den relevanten, den echten oder künstlich erzeugten Knappheiten widmen und ob sie die vielfältigen Ziele wirtschaftlicher Prozesse durch ihre an Kennziffern modellorientierte Analysemethode unnötig verkürzen. So erscheint die Vernachlässigung wechselseitiger Interdependenzen ebenso problematisch wie wirtschaftspolitische Analysen, die in ihrer Orientierung an der Güterversorgung andere wichtige Bereiche der Bedürfnisbefriedigung übersehen, die zur menschlichen Entfaltung als auch zum Glück ebenfalls bedeutsam sind wie etwa eine sinnstiftende Tätigkeit und gute soziale Beziehungen.

Kapitel eins sechs: Literaturverzeichnis

Erhard, Ludwig (1964): Wohlstand für alle. 8. Aufl. Düsseldorf.

Eucken, Walter (1952): Grundsätze der Wirtschaftspolitik. Bern.

Friedman, Milton (1975): There's no such thing as a free lunch. La Salle, IL.

Gutmann, Gernot (1998): Die Wechselseitigkeit von Wirtschafts- und Sozialpolitik, in: Anton Rauscher (Hrsg.), Zukunftsfähige Gesellschaft. Beiträge zu Grundfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Berlin, S. 101–119.

Hampe, Peter (2014): Ist die „soziale Marktwirtschaft“ sozial? Eine Drei-Säulen-Interpretation, Gesellschaft. Wirtschaft. Politik (GWP), H. 2, S. 151–162.

Hank, Rainer/Plumpe, Werner (2012): Wie wir reich wurden. Eine kleine Geschichte des Kapitalismus, in: dies. (Hrsg.), Wie wir reich wurden. Bd. 1: Eine kleine Geschichte des Kapitalismus. Stuttgart, S. 7–11.

Kersting, Wolfgang (2012): Wie gerecht ist der Markt? Ethische Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft. Hamburg.

Lampert, Heinz/Althammer, Jörg (2007): Lehrbuch der Sozialpolitik. 8., überarb. und vollst. aktuali-sierte Aufl. Berlin u.a.

Layard, Richard (2005): Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft. Frankfurt am Main.

Molitor, Bruno (1987): Soziale Sicherung. München.

Neumann, Lothar F./Schaper, Klaus (2008): Die Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland. 5., überarb. und aktualisierte Neuaufl. Frankfurt am Main.

Sen, Amartya (2012): Die Idee der Gerechtigkeit. München.

Skidelsky, Robert/Skidelsky, Edward (2013): Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens. München.

Smith, Adam (1999): Der Wohlstand der Nationen: Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. München (1. Aufl. 1776).

Stiglitz, Joseph (2012): Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht. München.

Woll, Artur (1984): Wirtschaftspolitik. München.

Zucman, Gabriel (2014): Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird. Berlin .

Kapitel eins sieben: Internetquellen zur Datenrecherche

Neben dem Statistischen Bundesamt, dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung und den entsprechenden Bundesministerien bieten die gewerkschafts- als auch arbeitgebernahen Stiftungen eine Vielzahl an öffentlich zugänglichen Studien und Daten zur Auseinandersetzung mit der sozialen Situation sowie der Sozial- und Steuerpolitik:

- Statistisches Bundesamt, vor allem der alle 2 Jahre aufbereiteten Datenreport (www.destatis.de)
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit jährlichen Jahresgutachten, unter anderem auch zu Steuer- und Sozialpolitik (www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/index.html)
- Hans-Böckler-Stiftung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (www.boeckler.de/index.htm)
- das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (www.iwkoeln.de/de)

Kapitel zwei: Methodisch-didaktische Anmerkungen

Kapitel zwei eins: Inhalt

Die Unterrichtsmaterialien stellen in drei Themenblöcken die Ebenen der sozialen Gestaltung einer Wirtschaftsordnung dar.

Themenblock eins: Marktlöhne – gerechte Löhne? Löhne zwischen Markt- und Bedarfsgerechtigkeit

Der erste Themenblock behandelt

- die Einkommensverteilung über den Markt (warum verdienen Menschen unterschiedlich viel?),
- die volks-, betriebs- und hauswirtschaftliche Funktion und Bedeutung von Löhnen sowie
- die Auseinandersetzung um staatliche Eingriffe in die Marktpreisbildung am Beispiel „Mindestlöhne“ und „Obergrenzen für Managergehälter“.

Allgemein werden unterschiedliche Löhne, vor allem aber auch eklatante Diskrepanzen schnell als ungerecht empfunden. Dabei wird die Funktion allein aus der Perspektive der Bedarfsdeckung der Lohnempfänger gesehen, nicht aber als Anreiz eines Preises mit volkswirtschaftlicher Informations-, Sanktions- und Ausgleichsfunktion ergänzt um die unternehmerische Kostenperspektive. Ohne diese Perspektive angemessen zu berücksichtigen, ist die Diskussion um Unter- und Obergrenzen für Löhne nur moralisch zu beurteilen. Mit Blick auf die Ungleichheit und ihre Gründe sowie die Wahrnehmung unterschiedlicher Perspektiven auf den Lohn soll eine eigene Position zu Eingriffen in die Marktpreisbildung am Beispiel „Mindestlöhne“ und „Obergrenzen für Managergehälter“ besser fundiert werden.

Themenblock zwei: Gleichmäßigere Verteilung oder Armutsschutz? Herausforderungen der Umverteilung

Der zweite Themenblock ermittelt Notwendigkeit und Grenzen des sozialen Ausgleichs, der sowohl über die Erhebung von Steuern als auch über Versicherungen erfolgen kann. Angesichts erheblicher Diskrepanzen in Einkommen und Vermögen erscheint Umverteilung häufig als besonders geeignetes Mittel für den sozialen Ausgleich. Dabei wird oft wenig differenziert, ob es besonders Bedürftige gibt, wie Risiken abzusichern sind und inwiefern gut gemeinte Maßnahmen völlig andere Wirkungen zeitigen als beabsichtigt, wenn etwa Anreize entstehen, sich der Finanzierung zu entziehen oder Leistungen auch ohne Beitrag in Anspruch zu nehmen. Dieser Themenblock setzt an den Herausforderungen der gegenwärtigen sozialen Absicherung an und hinterfragt gegenwärtige Gestaltungsalternativen:

- Inwiefern ist ein sozialer Ausgleich zur Korrektur der Marktverteilung erforderlich?
- Wie lassen sich die Einkommensverteilung und -umverteilung empirisch beschreiben?
- Nach welchen Prinzipien sollte der soziale Ausgleich erfolgen und wie erfolgt er?
- Welche Herausforderungen birgt die Finanzierung und Bereitstellung von Sozialleistungen?
- Wie sind alternative Konzepte des sozialen Ausgleichs – Bürgerversicherung, Grundeinkommen, negative Einkommenssteuer – zu beurteilen?

Themenblock drei: Die beste Sozialpolitik – eine gute Wirtschaftspolitik? Sozialer Ausgleich erfordert mehr als Sozialpolitik

Der dritte Themenblock dient vor allem der Reflexion einer kritisch-konstruktiven Einschätzung der sozialen Marktwirtschaft, einer eigenen diskursiven Prioritätensetzung zu Maßnahmen des sozialen Ausgleichs sowie einer Stellungnahme zur sozialen Marktwirtschaft und Wirtschaftswachstum als Ausweg oder Irrweg.

Kapitel zwei zwei: Unterrichtsgestaltung

Kapitel zwei zwei eins: Zielsetzung

Die Lernenden können folgende Lernziele erarbeiten:

Zielsetzung

1. Abwägungskonflikte zwischen Einkommensentstehung, -verteilung und -umverteilung sachorientiert erklären. Dies beinhaltet
 - a) die Funktion von Löhnen aus unterschiedlichen Perspektiven
 - b) die Wirkungen und unbeabsichtigten Nebenwirkungen von Steuern, Versicherungen und öffentlichen Gütern.
2. Empirische Daten zur Einkommensverteilung und -umverteilung analysieren sowie Aussagekraft und Grenzen einschätzen. Dies beinhaltet:
 - a) Einkommensungleichheit (Einkommensschichten, Jahreseinkommen, Dezile beziehungsweise Quintile, Lorenzkurve, Gini-Koeffizient)
 - b) Einkommensumverteilung (Steuerbelastung, Sozialleistungs- und Steuerquoten, Sozialbudget)
3. Argumente in sozialpolitischen Diskussionen sach- und wertorientiert aus unterschiedlichen Perspektiven beurteilen und Stellung beziehen. Dies beinhaltet:
 - a) Eingriffe in die Lohnbildung am Beispiel „Mindestlöhne“ und „Obergrenzen für Managergehälter“
 - b) alternative Konzepte zur Ausgestaltung der sozialen Sicherung (Grundeinkommen, Bürgerversicherung, Negative Einkommenssteuer)
4. die Ausgestaltung der sozialen Marktwirtschaft, Prioritäten zur Gestaltung des sozialen Ausgleichs sowie Möglichkeiten und Grenzen der Marktwirtschaft und des Wirtschaftswachstums für die Verteilung und die Erhöhung des Verteilungsspielraums abschließend reflektierend einschätzen und beurteilen

Kapitel zwei zwei zwei: Zeitvolumen

Die Unterrichtsmaterialien bauen thematisch aufeinander auf und umfassen circa vierzehn bis sechzehn Unterrichtsstunden. Die Unterrichtsmaterialien können je nach Themenstellung auch als Einzelmaterial in andere Einheiten eingebettet werden.

Kapitel zwei zwei drei: Methoden

Die drei Themenblöcke sind so aufgebaut, dass

- eigene Einschätzungen gefordert werden, die mit theoretischen und empirischen Ergebnissen verglichen werden;
- Problemstellungen mit Texten und Daten eine Sensibilisierung anstreben, die zur Analyse empirischer Daten und zur Beurteilung von Kontroversen motivieren soll;
- Daten analysiert werden im Blick auf sozialpolitischen Handlungsbedarf,
- Anreize und Restriktionen kritisch im Blick auf die intendierte Wirkung zu hinterfragen sind; und
- die Gestaltungsmöglichkeiten sozialen Ausgleichs an aktuellen Herausforderungen kritisch geprüft und fundierter beurteilt werden können.

Differenzierende Vertiefungen werden zur individuellen Weiterarbeit angeboten.

Kapitel zwei zwei vier: Fachliche Lernvoraussetzungen

Die Bearbeitung setzt voraus, dass die Lernenden

- die individuelle Perspektive auf das wirtschaftliche Geschehen aus der Sicht der Konsumenten und Erwerbstätigen behandelt haben;
- die grundsätzliche Funktionsweise des Marktmechanismus und der Preisbildung erarbeitet haben;
- für die Situation sozial benachteiligter Menschen sensibilisiert sind, da hier kein fallbezogener Zugang

gewählt wird; und

- über Grundkenntnisse zur Auswertung von Tabellen und Statistiken verfügen.

Kapitel zwei zwei fünf: Anspruchsniveau der Unterrichtsmaterialien

Die Materialien sind für Lernende am Ende der Sekundarstufe I und zu Beginn der Sekundarstufe II gedacht.

Kapitel zwei drei: Hinweise zu den Aufgaben

Kapitel zwei drei: Themenblock eins: Marktlöhne – gerechte Löhne?

1. Der Fragestellung, ab welchem Jahreseinkommen man reich ist, dient zunächst dazu, eine eigene quantitative Einschätzung zu entwickeln und mit statistischen Daten zu vergleichen etwa
 - a) den 10 Prozent der einkommensreichsten Steuerpflichtigen ab 50.000 Euro (66.940 US-Dollar) beziehungsweise dem 1 Prozent der einkommensreichsten Steuerpflichtigen in Deutschland ab 126.000 Euro (168.690 US-Dollar) Jahreseinkommen,
 - b) Spitzengehältern in Kunst zwischen 80 und 125 Millionen US-Dollar, im Sport von 41 bis 47 Millionen US-Dollar, bei Managern von circa 8,8 Millionen Euro (11,78 Millionen US-Dollar) bis 16,6 Millionen Euro (22,22 Millionen US-Dollar) und in der Politik von 280.000 bis 400.000 US-Dollar.
 - c) unterschiedlich hohen (zum Beispiel Geschäftsführer circa 98.000 Euro, angestellte Ärzte circa 91.300 Euro) und niedrigen (zum Beispiel Friseurin 17.000 Euro oder Näherin circa 22.000 Euro) Einkommen unterschiedlicher Berufe, bei denen sich gut und wenig verdienende Berufe auch durch den Männer- und Frauenanteil unterscheiden.
2. Die möglicherweise damit einhergehenden Verwunderungen sollen zu Hypothesen über die Gründe von Lohnunterschieden führen; wahrscheinlich sind hier „unterschiedliche Berufe“, Arbeitszeit, Qualifikationen, Verantwortung, unterschiedliche individuelle Anstrengungen beziehungsweise Branchenleistungen. Die Daten können zur Bestätigung einiger Unterschiede dienen (Ausbildung versus Studium, Berufe, Verantwortung), sie lassen aber extreme Diskrepanzen ebenso offen wie Unterschiede zwischen Verantwortung (Kanzler oder Manager) und ähnlichen Qualifikationen (Friseurin oder Näherin).
3. Die unbefriedigenden Einzelerklärungen führen zur theoretischen Perspektive der Funktion von Löhnen auf dem neoklassischen Arbeitsmarkt als Knappheitsindikator, dem Informations-, Sanktions- und Gleichgewichtsfunktion zukommt: hohe Löhne als Preis auf dem Arbeitsmarkt für besonders nachgefragte Angebote, niedrige Löhne als Ausdruck mangelnder Nachfrage bei hohem Angebot. Der Ökonom Friedrich August von Hayek pointiert die Begründung der notwendigen Ungleichheit mit Löhnen als Anreiz und Voraussetzung zur Entstehung des Sozialprodukts, die mit „Verdienen“ oder sozialer Gerechtigkeit nichts zu tun habe und nicht durch einen unwissenden Staat unter dem Einfluss der Interessengruppen ersetzt werden könne. Der Wirtschaftsjournalist Wolfgang Uchatius weist darauf hin, dass Anbieter und Nachfrager von Arbeit auf den Lohn nicht so reagierten, wie es von der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie angenommen werde, da die Anbieter bei zurückgehenden Löhnen ihr Angebot eher ausweiten statt zurücknehmen würden, um den Verdienstaufschlag auszugleichen, während die Nachfrager mehr böten, da die Lohnhöhe nicht unabhängig von der Motivation und damit der Produktivität sei.
4. Mit zwei weiteren Perspektiven wird das Lohnverständnis differenziert und erweitert aus der Sicht der Akteure
 - a) Unternehmen als Kosten und Nebenkosten: Dabei ist festzustellen, dass die Lohnkosten durch die Lohnnebenkosten höher sind als der Bruttolohn, wobei die exportorientierten Arbeitgeber die Lohnkosten immer im Vergleich zu anderen Ländern sehen, nicht aber den Anteil der Lohnkosten an den Gesamtkosten.
 - b) Arbeitnehmer als Einkommen, das einen im Falle von Erwerbsarbeit mittleren Lebensstandard für eine Familie sichern soll, aber auch als gesamtwirtschaftliche Nachfrage, die über Konsumausgaben ebenfalls das Wirtschaftswachstum beeinflusst.
5. Ausgestattet mit diesen unterschiedlichen volkswirtschaftlichen, unternehmerischen und auch Arbeitnehmerperspektiven auf den Lohn bietet sich eine grundsätzliche Reflexion über die Auswirkungen eines für alle gleichen Lohns an. Dies kann konfrontiert werden mit einer gekürzten Fassung der Bienenfabel von Mandeville.
6. Exemplarisch am Beispiel von Mindestlöhnen und Managergehältern lässt sich abwägen, ob politisch in die Preisbildung eingegriffen werden soll, in dem Unter- und Obergrenzen festgelegt werden, oder ob die Lohnbildung dem „freien“ Spiel von Angebot und Nachfrage überlassen werden soll.

- a) Angesichts der Diskrepanzen zwischen extremen Managergehältern und den Durchschnittseinkommen sollen Maßnahmen für die Festlegung von Managergehältern verglichen und begründet werden. Zudem soll darüber reflektiert werden, wer solche Entscheidungen treffen sollte.
- Die Befürworter einer Begrenzung der Managergehälter wollen absolute Gehaltsobergrenzen von Managergehältern in Relation zum Durchschnittseinkommen sowie eine Verzögerung der Einlösung von Aktienoptionen. Sie begründen dies mit Motivationshemmnissen für Arbeitnehmer sowie problematischen Leistungsanreizen für Manager. Die Entscheidungen darüber sollen durch die Anteilseigner auf der Hauptversammlung getroffen werden, alternativ durch die Politik, da die Kleinanleger oft relativ bedeutungslos sind.
 - Die Gegner einer Begrenzung der Managergehälter wollen garantierte Bonuszahlungen, erfolgsabhängige Zahlungen und freie Vertragsverhandlungen. Sie begründen das mit Innovations- und Leistungsanreizen für (angestellte) Manager, dem unternehmerischen Haftungsprinzip und der Flexibilität gegenüber den Marktkräften. Die Aufsichtsräte, in denen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ebenfalls vertreten sind, sollen weiterhin die Entscheidungen treffen. Das Problem ist, dass Vorstände sich in Aufsichtsräten oft gegenseitig kontrollieren.
- b) Angesichts der Betroffenheit unterschiedlicher Gruppen von Niedriglöhnen soll über den Nutzen und Schaden von Mindestlöhnen diskutiert werden. Hier argumentieren die Arbeitnehmervertreter und Arbeitnehmervertreterinnen vor allem mit einem bedarfsdeckenden Einkommen, die Arbeitgebervertreter und Arbeitgebervertreterinnen mit potenziellen Arbeitsplatzverlusten, während beide die Argumente der jeweils anderen relativieren, gestützt auf konträre wirtschaftspolitische Positionen, die empirischer Überprüfung bedürfen. Die Wirkung des Mindestlohns ist allerdings nicht nur abhängig von dessen Höhe, sondern auch vom Durchschnittseinkommen und der Anzahl betroffener Beschäftigter.
- Für den Mindestlohn wird vor allem angeführt, dass die Arbeitskräfte vom Einkommen leben können sollen, außerdem soll das Machtungleichgewicht zu ihren Lasten gemindert werden. Auch können Arbeitskräfte bei sinkenden Löhnen ihr Arbeitsangebot kaum zurückziehen, sondern müssen es eher ausweiten, um ihren Bedarf zu decken. In der Folge sinken die Löhne weiter. Als positive Wirkung wird eine Motivations- und Produktivitätssteigerung erwartet sowie eine steigende Nachfrage ob der höheren Konsumquote der Geringverdiener sowie eine Minderung der Sozialausgaben etwa für sogenannte Aufstockerinnen und Aufstocker.
 - Gegen den Mindestlohn wird angeführt, dass er nicht zur Armutsbekämpfung beiträgt, da es sich oft um Zuverdienst handelt oder um Geringbeschäftigte. Demgegenüber wird die Gefahr einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit angeführt angesichts der mit dem Anstieg der Kosten sinkenden Arbeitsnachfrage, der besonderen Betroffenheit Benachteiligter, aber auch dem Ausweichen in die Scheinselbstständigkeit. Auch sei die Güternachfrage abhängig von der Zahlungsbereitschaft der Konsumenten.

Die Auseinandersetzung mit Mindestlöhnen und Managergehältern erlaubt einerseits eine Weiterarbeit nach individuellen Interessen und andererseits eine eigene Positionierung hinsichtlich der Frage, ob die Preisbildung dem Markt zu überlassen ist oder ob auch Alternativen denkbar sind. Dies leitet über zum nächsten Themenblock.

Kapitel zwei drei: Themenblock zwei: Gleichmäßigere Verteilung oder Armutsschutz?

1. Die Lernenden ermitteln Notwendigkeit und Herausforderungen der Einkommensumverteilung.
 - a) Für die Notwendigkeit der Einkommensumverteilung spricht, dass Leistungseinschränkungen den eigenständigen Einkommenserwerb beeinträchtigen können, durch den Strukturwandel Qualifikationen nicht mehr gefragt sind, mangelnde Ressourcen zur Vorsorge existieren, aber auch ungleiche Ausgangsbedingungen verstetigt werden bzw. sich noch ausweiten, Leistungen nicht eindeutig zugerechnet werden können, außerdem Machtunterschiede auf dem Arbeitsmarkt existieren
 - b) Die mit der Einkommensumverteilung verbundenen Herausforderungen sind darin zu sehen, dass soziale Leistungen finanziert werden müssen, die auf der einen Seite private Haushalte über Gebühr beanspruchen können, zur Kostensteigerung der Produktion führen und letztlich auch Ausweicheanreize ergeben.
2. Die Lernenden analysieren die Situation der Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland und Ausmaß, Leistungen, Finanzierung und Entwicklung der Sozialleistungen, um diese beschreiben und einschätzen zu können und um in Verteilungsdiskussionen mitreden zu können.

Dies erfordert, Markt- und Nettoeinkommen sowie Einkommen und Vermögen zu unterscheiden und unterschiedliche Maße der Beschreibung sozialer Ungleichheit (Mittelwerte, Median, Dezile, Quintile, Lorenzkurve, Gini-Koeffizient) zu erkennen.

 - a) Der Vergleich der Markt- und Nettoeinkommen zeigt, dass durch Umverteilung (Gini-Koeffizient 0,2 bis 0,3) eine gleichmäßigere Einkommensverteilung gegenüber den Markteinkommen (0,4 bis 0,5) bewirkt wird. Die Entwicklung der Markteinkommen zeigt aber auch, dass die Ungleichheit in den letzten 10 Jahren zugenommen hat.
 - b) Die Armutsrisikoquote verdeutlicht, dass – bei erheblichen Schwankungen – zwischen 10 und 15 Prozent der Bevölkerung als armutsgefährdet gelten, wobei Ostdeutschland stärker betroffen ist als Westdeutschland.
 - c) Die Vermögensdarstellung verweist auf deutliche Aussagenunterschiede je nach Darstellungsart: So beträgt der Durchschnittswert 195.200 Euro, der Median 51.400 Euro. Die Darstellung nach Quintilen verdeutlicht die Unterschiede noch viel deutlicher. Während das reichste Quintil 70 und das reichste Dezil fast 60 Prozent auf sich vereint, verfügt die ärmere Hälfte über fast gar kein Vermögen. Die Entwicklung zeigt die Beständigkeit der Ungleichheit.
3. Die Lernenden analysieren die Leistungen und Finanzierung sozialer Sicherheit.
 - a) 61 Prozent der sozialen Leistungen kommen über die Sozialversicherungssysteme der erwerbstätigen „Normalbevölkerung“ zugute, während die Fürsorgeleistungen für Arbeitslosengeld II beziehungsweise Sozialgeld plus Wohngeld gerade mal 4 Prozent ausmachen.
 - b) Die privaten Haushalte kommen selbst zu einem Drittel für die Leistungen auf, wobei die Finanzierung durch Bund, Gemeinden und Länder letztlich ebenfalls über auch von privaten Haushalten finanzierte Steuern erfolgt.
 - c) An der Entwicklung der Leistungen zur sozialen Sicherheit zeigt sich der Unterschied in der Darstellung absoluter Beträge (relativ stetiger Anstieg) im Vergleich zum Verhältnis der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt. Hier ist zwar von 1960 bis 2000 ein Anstieg von fast 20 Prozent auf beinahe 30 Prozent zu beobachten, der sich aber seitdem relativ stabilisiert hat.
4. Im nächsten Schritt reflektieren die Lernenden unterschiedliche Zielsetzungen für einen sozialen Ausgleich und diskutieren Maßnahmen und daraus resultierende neue Herausforderungen.
 - a) Das Ziel Glück der größten Zahl kann über Wirtschaftswachstum gefördert werden, vernachlässigt aber Minderheiten.
 - b) Das Pareto-Optimum kann ebenfalls durch Wirtschaftswachstum gefördert werden, sieht aber die bestehende Verteilung als gegeben an.
 - c) Das Ziel Absicherung der Ärmsten kann durch Steuern und Sozialtransfers gewährleistet werden, dies stellt aber eher Fürsorge als Chancengleichheit dar.
 - d) Das Ziel die Förderung der Ärmsten kann durch Sozialleistungen und öffentliche Güter erfolgen, dabei bleibt das Problem der Finanzierung bestehen.

- e) Die Mitsprache aller kann durch Bildung und Partizipation gefördert werden. Die Auswirkungen auf die Verteilungen sind aber unklar.
5. Um die Ausgestaltung des sozialen Ausgleichs in Abhängigkeit von Prinzipien sozialer Sicherheit besser abschätzen zu können, sollen die Prinzipien exemplarisch konkretisiert und mögliche Auswirkungen überlegt werden:
- Das Äquivalenzprinzip, bei dem die Leistungen in einem Verhältnis zu den Beiträgen stehen, wie zum Beispiel bei Lohnersatzleistungen der Arbeitslosenversicherung, Renten oder umgekehrt der Beitragshöhe der Kraftfahrzeugversicherung in Abhängigkeit von den Risiken, stellt sowohl einen Leistungs- als auch einen Risikovermeidungsanreiz dar. Hier ist allerdings auch die Absicherung abhängig von der Beitragshöhe.
 - Das Solidarprinzip, wonach die Stärkeren die Schwächeren unterstützen, gewährt gleiche Sachleistungen in einer Notlage unabhängig von den geleisteten Beiträgen – wie etwa in der Krankenversicherung. Mit den damit bestehenden Ausweichanreizen existieren sowohl Finanzierungs- als auch Versorgungsengpässe.
 - Das Kausalprinzip knüpft den Leistungsanspruch an bestimmten Bedingungen wie etwa dem Renteneintrittsalter oder einer bestimmten Zahl von Versicherungsjahren. Dieser rechtlich abgesicherte Leistungsanspruch erfordert regelmäßig ununterbrochene Beitragszahlungen.
 - Das Finalprinzip sichert Notlagen, erfordert dafür aber wie das Arbeitslosengeld II und die Sozialhilfe eine Bedürftigkeitsprüfung.
 - Das Subsidiaritätsprinzip stellt sicher, dass Unterstützung auf der nächsten Ebene gewährt werden und Hilfe zur Selbsthilfe Vorrang erhält. Dies gilt etwa für die gegenseitige Unterstützung in Familien und Bedarfsgemeinschaften oder auch den Zumutbarkeitsregeln bei Arbeitsangeboten. Damit geht allerdings auch eine erhebliche Kontrolle einher.
6. Die Frage des sozialen Ausgleichs leitet dazu über, ob die Einkommensstärksten einen besonderen Beitrag leisten oder eher geschont werden.
- Die Daten einer arbeitgebernahen Einrichtung verweisen vor allem auf die progressive Belastung durch den Einkommenssteuersatz ab bestimmten Einkommenshöhen und darauf, dass das oberste Zehntel die Hälfte des Einkommenssteueraufkommens trägt. Entsprechend ist die Perspektive des obersten Zehntels, einen angemessenen Anteil am Einkommenssteueraufkommen zu leisten, durchaus berechtigt, allerdings ist der Anteil der Einkommenssteuern am Gesamtsteueraufkommen gesunken. Während die Arbeitnehmerseite mit dem für den Bedarf bedeutsamen Steuer- und Abgabenanteil am Haushaltseinkommen argumentiert, argumentiert die Arbeitgeberseite mit dem Anteil eines Steueranteils zum Gesamtsteueraufkommen.
 - Die Daten einer gewerkschaftsnahen Institution weisen zunächst aus, welchen Anteil an Steuern und Abgaben das ärmste Dezil (22 Prozent) und das reichste Dezil (35,5 Prozent) haben. Sie zeigen, dass Mehrwertsteuer und Sozialversicherungsbeiträge einen hohen Anteil bei den Ärmeren ausmachen, während das einkommensstärkste Zehntel den höchsten Anteil zur Einkommenssteuer beiträgt. Allerdings ist in den letzten 20 Jahren der Anteil der Mehrwertsteuer am Gesamtsteueraufkommen von etwas mehr als einem Viertel auf ein Drittel gestiegen, der Anteil der Einkommenssteuer von knapp zwei Fünftel auf weniger als ein Drittel gesunken.
7. Dies führt zu der Frage, wie Steuern zu gestalten sind, so dass auch Einnahmen entstehen. Dabei sind die Grenzen der Gestaltbarkeit relevant, da eine Besteuerung nicht zwangsläufig zu Einnahmen führt, wenn Ausweich- und Überwälzungsmöglichkeiten existieren. Die Analyse der Steuerquote im Vergleich zeigt, dass der Steueranteil am Bruttoinlandsprodukt in Deutschland seit Jahrzehnten sich relativ konstant bei etwas mehr als einem Fünftel hält und sich bei anderen Ländern zwischen knapp einem Fünftel und einem Drittel bewegt. Verschwiegen wird dabei, dass Länder mit höheren Steuerquoten wie etwa Schweden oder Großbritannien Sozialleistungen eher über Steuern als über Sozialversicherungsbeiträge finanzieren, was die Vergleichbarkeit der Daten einschränkt. Ergänzend wird auf das Problem der Steuerflucht verwiesen.

8. Im Rahmen eines abschließenden Expertenhearings können die Lernenden auf der Basis der gegenwärtigen Herausforderungen der sozialen Sicherungs- und Fürsorgesysteme analysieren, inwiefern alternative Konzepte wie Bürgerversicherung, Grundeinkommen und negative Einkommenssteuer diesen begegnen und welche neuen Herausforderungen damit verbunden sind. Konzepte, die den Versorgungslücken angesichts der Lohneinkommensabhängigkeit der Sozialversicherung entgegenwirken sollen, sind beispielsweise Grundeinkommen, Bürgerversicherung und negative Einkommenssteuer.
- a) Den Finanzierungsengpässen der Sozialversicherung durch Ausweichenreize soll durch eine Bürgerversicherung entgegengewirkt werden, die alle Bürger/-innen und alle Einkommen einbezieht. Damit wird allerdings die freie Versicherungswahl gemindert und Ausweichenreize bleiben bestehen.
 - b) Der entwürdigenden Bedürftigkeitsprüfung soll ein bedingungsloses Grundeinkommen entgegenwirken, das ohne eine solche Prüfung auskommt. Befürchtet werden mangelnde Arbeitsmotivation ob fehlender Leistungsanreize, während zudem das bisherige am Lebensstandard orientierte Sozialversicherungsmodell durch ein an der Grundsicherung orientiertes Modell mit ergänzender privater Vorsorge auf den Kapitalmärkten abgelöst würde.
 - c) Dem mangelnden Arbeitsanreiz durch fehlende Distanz zu den unteren Einkommen wäre durch eine negative Einkommenssteuer als Arbeitsanreiz entgegenzuwirken. Dabei tritt aber die Deckungslücke zur Sicherung eines menschenwürdigen Daseins als neue Herausforderung auf.

Kapitel zwei drei: Themenblock drei: Die beste Sozialpolitik – eine gute Wirtschaftspolitik?

Abschließend geht es auf der Basis der bisherigen Auseinandersetzung darum, die entwickelte Urteilsfähigkeit hinsichtlich drei Herausforderungen unter Beweis zu stellen:

- Im ersten Schritt erfolgt eine konstruktiv-kritische Auseinandersetzung mit der sozialen Marktwirtschaft anhand eines offenen Fragebogens. Diese ermittelt
 - a) eigene Kriterien, wann eine Ordnung als sozial gilt,
 - b) die sozialen Vorzüge der gegebenen Wirtschaftsordnung gegenüber einer freien Marktwirtschaft,
 - c) empirische Belege für die zunehmende Kritik mangelnder Soziabilität und
 - d) die gegenwärtigen besonderen Handlungsbedarfe.
- Im zweiten Schritt erhalten die Lernenden eine Prioritätenliste, die im Wesentlichen Zielsetzungen bzw. allgemeine Konzepte enthält, die für den sozialen Ausgleich bedeutsam sind. Hier sollen Prioritäten gebildet und abgestimmt sowie Ziele konkretisiert und debattiert werden.
- Im dritten Schritt wird ein Meinungsspektrum durchgeführt zum Thema „Marktwirtschaft + Wirtschaftswachstum: Ausweg oder Irrweg für den sozialen Ausgleich?“ Knappe wirtschaftstheoretische Positionen verdeutlichen den Hintergrund und ermöglichen mit innerer Differenzierung eine nuancierte, vertiefende Auseinandersetzung.

Kapitel drei: Lernmaterialien

Kapitel drei eins: Lernmaterialien zum Themenblock eins: Marktlöhne – gerechte Löhne? Löhne zwischen Markt- und Bedarfsgerechtigkeit

Kapitel drei eins eins: Warum verdienen Menschen unterschiedlich viel?

Lernmaterial eins: Einkommen zwischen Spitzen- und Durchschnittsverdiensten

Spitzenverdienste

Die Schichtung der Jahreseinkommen ist eine Möglichkeit, die Ungleichheit von Einkommen zu charakterisieren. Von 40 Millionen Steuerpflichtigen hatten 25 Prozent ein Jahreseinkommen von mehr als durchschnittlich 32.595 Euro, 10 Prozent mehr als 48.190 Euro, 5 Prozent mehr als 63.470 Euro und 1 Prozent von mehr als 126.134 Euro.

Textquelle: vergleiche Hendrik Ankenbrand und Patrick Bernaum, So lebt das reichste Prozent der Deutschen, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.05.2011 nach Angaben Frankfurter Allgemeine Zeitung, Statistisches Bundesamt. Internetquelle (letzter Zugriff 30.08.2014): www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftswissen/arme-oberschicht-so-lebt-das-reichste-prozent-der-deutschen-1637673.html?

Auf unvorstellbare Ungleichheit der Einkommen verweisen die Jahreseinkommen von Spitzenverdienern. So verdiente etwa Madonna 125 Millionen und Lady Gaga 80 Millionen US-Dollar von Juni 2012 bis Juni 2013. David Beckham erzielte 47 Millionen und Lionel Messi 41 Millionen US-Dollar. Im Vergleich dazu nehmen sich die 16,6 Millionen Euro an Gesamtvergütung des Vorstandsvorsitzenden von VW Martin Winterkorn und 8,8 Millionen des Daimler-Vorstandsvorsitzenden Dieter Zetsche 2011 (in Euro) fast bescheiden aus und die Gehälter der Regierungschefs wirken dagegen fast ärmlich. So erhielt der Präsident der USA Barack Obama 2010 400.000 US-Dollar, die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hingegen 283.600 US-Dollar.

Textquelle: Vergleiche Daten nach Statista 2014. Internetquelle (letzter Zugriff 30.08.2014): <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/161801/umfrage/gehaelter-von-staats-und-regierungschefs/>

Durchschnittliche Arbeitsentgelte

Die ungefähr 25,8 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erhielten im Jahr 1999 ein durchschnittliches Bruttoarbeitsentgelt von 2.320 Euro, bei Männern betrug es durchschnittlich 2.513 Euro, bei Frauen 1.976 Euro. Im Jahre 2010 war der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter leicht gestiegen auf 26 Millionen. Das durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt stieg auf 2.702 Euro, bei den Männern auf 2.932, bei den Frauen auf 2.312 Euro.

Datenquelle gekürzt nach: © Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung/IAB: Berufe im Spiegel der Statistik. Internetquelle (letzter Zugriff 04.09.2014): <http://bisds.infosys.iab.de/bisds/faces/Impressum.jsp>

Bruttojahresverdienste in ausgewählten Berufen mit hohen und niedrigen Verdiensten

Als ausgewählte Berufe mit hohen Verdiensten im Jahre 2010 gelten beispielsweise Geschäftsführer und Geschäftsführerinnen mit einem Bruttojahresverdienst von 97.864 Euro, der Frauenanteil in diesem Beruf liegt bei 15,7 Prozent. Angestellte Ärzte und Ärztinnen erhalten 91.299 Euro, der Frauenanteil beträgt 38,2 Prozent. In den Luftverkehrsberufen beträgt der Bruttojahresverdienst 86.770 Euro bei einem Frauenanteil von 15,6 Prozent. Als ausgewählte Berufe mit niedrigem Verdienst gelten beispielsweise Friseure und Friseurinnen mit einem Bruttojahresverdienst von 17.000. Hier beträgt der Frauenanteil 91 Prozent. Näher und Näherinnen erhalten 21.955 Euro bei einem Frauenanteil von 89,4 Prozent. Die Bruttojahresverdienste beziehen sich auf vollzeitbeschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen; die Verteilung nach dem Geschlecht bezieht alle Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ein.

Textquelle: © Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Internetquelle (letzter Zugriff 30.08.2014):
www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/VerdiensteVerdienstunterschiede/Tabellen/AuszugFlyerVSE2006.html
Zur Vertiefung und zum Vergleich: Statistisches Bundesamt, Verdienststrukturerhebung. Bruttojahresverdienste 2010 und ihre Verteilung nach Geschlecht, 2013, Seite 515 bis 517.

Arbeitsvorschläge zu Lernmaterial eins

Was meinen Sie, ab welchem Jahreseinkommen ist man reich?

1. Vergleichen Sie Ihre Position mit den Daten in Lernmaterial eins.
2. Welchen Prozentsatz würden Sie in Deutschland zu den Reichen zählen?
3. In welchem Verhältnis stehen diese Reichen zu den Jahreseinkommen der Spitzenverdiener?
4. In welchem Verhältnis stehen die Jahreseinkommen der Reichen und der Spitzenverdiener zu den durchschnittlichen Bruttoarbeitsentgelten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten?
5. Wovon hängt es ab, ob jemand viel oder wenig verdient?
6. Wovon sollte es Ihrer Meinung nach abhängen, wie viel jemand verdient?

Kapitel drei eins zwei: Löhne zwischen Anreizen, Kosten und Bedarf

Lernmaterial zwei: Ob Arbeit oder Artischocken – Märkte sind Märkte!

Aus der Perspektive der Wirtschaftswissenschaften ist der Lohn nichts anderes als der Preis für Arbeit. Dieser Preis soll Angebot und Nachfrage zum Ausgleich bringen und dafür sorgen, dass auf Dauer weder Überangebot noch Knappheit existiert. Danach sind Arbeiter nichts anderes als Autos, Brötchen oder Artischocken. Sie sind eine Ware, deren Preis dem Gesetz von Angebot und Nachfrage unterliegt. Existiert nur ein kleines Angebot, das von vielen begehrt ist, können die Anbieter mehr verlangen. So sorgt der Preis aber auch dafür, dass mehr Anbieter angelockt werden, so dass der hohe Preis auch wieder sinken kann. Ist das Angebot an Arbeit aber viel größer als die Nachfrage nach Arbeit, sinkt der Preis, so dass sich die Anbieter aus diesem Markt zurückziehen und das Überangebot langfristig weniger wird. Wäre der Preis höher, als es den Marktkräften entspräche, gäbe es mehr Anbieter als volkswirtschaftlich erwünscht. Arbeitslosigkeit wäre die natürliche Folge. Wenn hingegen der Preis sinkt, nimmt auch die Zahl der Anbieter ab und die Zahl der Nachfrager steigt. So gleicht der Marktpreis Angebot und Nachfrage aus und der Markt gelangt wieder ins Gleichgewicht.

Textquelle: Autorentext

Lernmaterial drei: Wir brauchen mehr Ungleichheit

Friedrich August von Hayek war ein Ökonom und Sozialphilosoph. Er erhielt 1974 den Preis der Schwedischen Nationalbank in Gedenken an Alfred Nobel (sogenannter Wirtschaftsnobelpreis) und wurde besonders bekannt durch seine Beiträge für die Freiheit. Er wollte den Wettbewerb als Entdeckungsverfahren verstanden wissen und kritisierte scharf die Anmaßung staatlichen Wissens als Weg in die Knechtschaft. Dieses Interview führte die Zeitschrift Wirtschaftswoche, kurz WiWo, mit ihm im März 1981.

WiWo: Wollen Sie [hier Text gekürzt] sagen, eine ungleiche Verteilung des Sozialprodukts sei Voraussetzung dafür, dass es überhaupt erst entsteht?

Hayek: Genau das. Ungleichheit ist nicht bedauerlich, sondern höchst erfreulich. Sie ist einfach nötig. Leider Gottes ist das Sozialprodukt nur da, weil Menschen nach ihrer Produktivität entlohnt und dorthin gelockt werden, wo sie am meisten leisten. Gerade die Unterschiede in der Entlohnung sind es, die den einzelnen dazu bringen, das zu tun, was das Sozialprodukt entstehen lässt. Durch Umverteilung lähmen wir diesen Signalapparat. Und nicht nur das: Wir unterbinden auch die ständige Anpassung an sich laufend verändernde Umstände, durch die allein die Wirksamkeit unseres Produktionsapparates erhalten werden kann, Umstände, von denen der einzelne nichts weiß, über die er nur durch den Marktmechanismus informiert werden kann. [hier Text gekürzt]

WiWo: Umverteilung, national wie international, ist Ausfluss der heute nahezu allgemein akzeptierten Idee sozialer Gerechtigkeit. Halten Sie davon denn gar nichts?

Hayek: Nein, nicht das geringste. Was heißt denn hier Gerechtigkeit? Wer ist denn da gerecht oder ungerecht? Die Natur? Oder Gott? Jedenfalls nicht die Menschen, da die Verteilung, die aus dem Marktprozess hervorgeht, nicht das beabsichtigte Ergebnis menschlichen Handelns ist. Daher ist der Begriff soziale Gerechtigkeit in einer marktwirtschaftlichen Ordnung mit freier Berufswahl völlig sinnlos. Soziale Gerechtigkeit kann es nur in Befehlswirtschaften geben, wo der Staat über die relativen Einkommen der einzelnen Bürger bestimmt. [hier Text gekürzt] Diese unglückselige Idee so genannter sozialer Gerechtigkeit behauptet, dass die Entlohnung des einzelnen nicht davon abhängen soll, was er tatsächlich zum Sozialprodukt beiträgt, sondern davon was er verdient.

WiWo: Ist das nicht fair?

Hayek: Das ist leider Unsinn. Ein faires Rennen ist nicht eins, in dem der gewinnt, der es verdient, sondern in dem nicht geschoben wird, in dem sich alle an die Spielregeln halten. Der Wert der menschlichen Leistung ist nun einmal sehr verschieden vom subjektiven Verdienst des einzelnen. Auch wenn man mit dem größten Eifer sich bemüht, wenn es für die anderen Marktteilnehmer nichts wert ist, so hilft's nun mal nicht [hier Text gekürzt]

WiWo: Was heißt dann für Sie Gerechtigkeit?

Hayek: Es gibt für mich nur eine Gerechtigkeit, das ist die Gleichheit vor dem Gesetz. Jede Abweichung davon selbst mit besten Absichten, öffnet der Willkür Tür und Tor, zerstört die Freiheit [hier Text gekürzt] Wer soll denn bestimmen, wer was verdient? Und wer verhindert, das über kurz oder lang nicht mehr die Gruppen begünstigt werden, die es, nach welchen Maßstäben auch immer, verdienen, sondern schlicht und einfach die, die den größten politischen Nutzen abzuwerfen versprechen?

Textquelle: Wir brauchen mehr Ungleichheit!, Forum Ordnungspolitik vom 16.09.2007. Internetquelle (letzter Zugriff 30.08.2014): www.forum-ordnungspolitik.de/zur-ordnungspolitik/grundsätze/334-wir-brauchen-mehr-ungleichheit



Lernmaterial vier: Arbeiter sind aber keine Artischocken ...

Diese Theorie [Lernmaterial zwei] entspricht durchaus der Realität. Allerdings nur, wenn es um Artischocken oder Brötchen geht.

Denn Gemüse hat keinen Stolz. Es will sich nicht selbst verwirklichen. Es muss auch keine Familie ernähren. Auf dem Arbeitsmarkt aber spielen solche Dinge eine wichtige Rolle. Vor allem, wenn es um die Frage geht, wie viele Leute eine Arbeit suchen.

Noch 1970 strebten in Deutschland lediglich 48 von 100 Frauen im Alter zwischen 25 und 55 Jahren auf den Arbeitsmarkt. Heute sind es 80. Gemäß der ökonomischen Theorie kann dies nur einen Grund haben: Die Löhne sind so stark gestiegen, dass es sich nun auch für Frauen lohnt, eine Arbeit aufzunehmen. In Wahrheit stagnieren die Löhne inflationsbereinigt seit mehr als zehn Jahren. Trotzdem drängen mehr und mehr Frauen auf den Arbeitsmarkt. Den meisten geht es nicht so sehr ums Geld. Anders als früher haben sie keine Lust auf ein Leben als Hausfrau. Sie wollen, was ihre Männer auch wollen: einen Beruf. Die Folge: Das Arbeitsangebot nimmt nicht ab, sondern zu, die Konkurrenz um die offenen Stellen sinkt nicht, sondern steigt. Trotz Lohnzurückhaltung.

Oder auch gerade deswegen. Ein Facharbeiter, der plötzlich kein Weihnachtsgeld mehr bekommt, müsste gemäß der ökonomischen Theorie weniger arbeiten, nach dem Motto: „Es lohnt sich ja nicht mehr so wie früher.“ In der Realität aber hat dieser Arbeiter eine Frau und vielleicht zwei oder drei Kinder. Er wird deshalb nicht weniger, sondern sogar noch mehr arbeiten als früher, um den Verdienstaufschlag auszugleichen. Er wird sich zum Beispiel bei einer Wachfirma für einen Nebenjob bewerben und dort so manchen Ungelernten verdrängen, der dann auf der Straße steht.

Lohnzurückhaltung kann also das Arbeitsangebot und damit die Arbeitslosigkeit noch erhöhen, statt sie zu senken.

Ähnlich verzwickelt verhält es sich mit der Arbeitsnachfrage. Einerseits möchte jedes Unternehmen seinen Mitarbeitern möglichst wenig bezahlen. Andererseits ist den meisten Unternehmern bewusst, dass sie Menschen beschäftigen und kein Gemüse. Sie wissen: Während es der Artischocke egal ist, wie viel sie kostet, hat der Mensch ein Gespür für Gerechtigkeit und Fairness. Hält ein Mitarbeiter sein Gehalt für unverschämte niedrig, bringt er weniger Leistung. Er wird unproduktiv, das Unternehmen verliert Einnahmen. Also zahlt es lieber etwas höhere Löhne.

Dieses Phänomen lässt sich derzeit in Ostdeutschland beobachten. Dort ist nur noch ein kleiner Teil der Industriebetriebe an einen Tarifvertrag gebunden. Trotzdem verschwindet die Arbeitslosigkeit nicht. Die Löhne steigen zwar kaum, sie sind niedriger als im Westen. Aber sie sinken nicht, sie pendeln sich nicht auf dem niedrigen Niveau ein, dass nach der ökonomischen Theorie nötig wäre, um Angebot und Nachfrage in Einklang zu bringen.

Die meisten Industrieunternehmen lassen im Zweifel lieber weniger und dafür motivierte Leute für sich arbeiten, denen sie einen einigermaßen fairen Lohn zahlen, als möglichst viele Mitarbeiter zu möglichst niedrigen Tarifen zu beschäftigen. Auch daran liegt es, dass die Unternehmen zwar gute Gewinne schreiben, dass aber trotzdem nicht alle Leute einen Job finden. Trotz Lohnzurückhaltung.

Arbeit ist eben anders als alle anderen Waren, und das simple Drehen an der Lohnschraube hilft nicht weiter, auch wenn viele hiesige Ökonomen das nicht wahrhaben wollen. Vielleicht sollten sie auf einen ihrer amerikanischen Kollegen hören: den Nobelpreisträger Robert Solow. Der forderte schon vor fünfzehn Jahren, die Wirtschaftswissenschaftler müssten endlich ihren Horizont erweitern. Er drückte es so aus: „Arbeiter sind keine Artischocken.“

Textquelle: Wolfgang Uchatius, Arbeiter sind keine Artischocken, Die Zeit vom 05.01.2006. Internetquelle (letzter Zugriff 30.08.2014): www.zeit.de/2006/02/Argument_02

Lernmaterial fünf: Arbeit – zu teuer oder zu billig?

Standpunkt eins: Die Arbeitskosten gefährden die internationale Wettbewerbsfähigkeit

Die Lohnkosten steigen

„Eine Arbeitsstunde in Deutschland kostet 31,70 Euro. Das sind 34 Prozent mehr als im EU-Durchschnitt, in sechs europäischen Ländern ist Arbeit noch teurer. Seit einigen Jahren steigen die Lohnkosten wieder stärker. [hier Text gekürzt] Im EU-Vergleich auf Rang fünf landeten allerdings die deutschen Arbeitskosten im verarbeitenden Gewerbe, das besonders stark im internationalen Wettbewerb steht. Hier kostete eine Arbeitsstunde im vergangenen Jahr im Schnitt 36,20 Euro. Damit sei eine Stunde Arbeit in der deutschen Industrie 48 Prozent teurer als im EU-Durchschnitt, so die Statistiker. [hier Text gekürzt] Auch 2013 stiegen die Arbeitskosten in Deutschland stärker als in der EU. Damit bestätigt sich eine Trendwende, die 2011 begann. Zwischen 2004 bis 2010 lag das Wachstum der Arbeitskosten in der deutschen Privatwirtschaft unterhalb des EU-Durchschnitts. Seit 2011 ist es umgekehrt.“

Arbeitskosten sind nicht gleich Löhne

„Arbeitskosten setzen sich aus den Bruttoverdiensten und den Lohnnebenkosten zusammen. 2013 zahlten die Arbeitgeber hierzulande auf 100 Euro Bruttoverdienst zusätzlich 27 Euro Lohnnebenkosten. Damit lagen die Lohnnebenkosten unter dem EU-Durchschnitt von 31 Euro. Im EU-Vergleich lag Deutschland im Mittelfeld auf Platz 16. Die höchsten Lohnnebenkosten fallen demnach in Schweden mit 51 Euro und Frankreich mit 47 Euro an, in Malta die niedrigsten mit zehn Euro.

Zu den Lohnnebenkosten gehören vor allem die Sozialbeiträge der Arbeitgeber, also vor allem die gesetzlichen Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen, Aufwendungen für die betriebliche Altersversorgung und Aufwendungen für die Lohn- und Gehaltsfortzahlungen im Krankheitsfall.“

Textquelle: Arbeitskraft wird in Deutschland immer teurer, Handelsblatt vom 12.05.2014. Internetquelle (letzter Zugriff 19.08.2014): www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/lohnkosten-arbeit-wird-in-deutschland-immer-teurer/9877702.html

Standpunkt zwei: Hohe Löhne sind nützlich und erforderlich

Hohe Löhne: gut fürs Wachstum?

„Der Aufschwung hat im ersten Quartal 2014 an Fahrt gewonnen: Nach Angaben des Statistischen Bundesamts wuchs das Bruttoinlandsprodukt saisonbereinigt um 0,8 Prozent. [hier Text gekürzt] Getragen wird der Aufschwung der Analyse zufolge von der Inlandsnachfrage. Etwa die Hälfte des Wirtschaftswachstums steuerten die privaten Konsumausgaben bei. Motor dieser Entwicklung seien die verfügbaren Einkommen, insbesondere die Bruttolöhne, die 2014 um 3,5 Prozent und 2015 um 4 Prozent steigen werden.“

Textquelle: Böckler Impuls Ausgabe 12/2014. Internetquelle (letzter Zugriff 30.08.2014): www.boeckler.de/50350_50368.htm

Vergleiche IMK-Arbeitskreis Konjunktur: Binnennachfrage treibt den Aufschwung an, IMK Report 95, Juli 2014.

Normales Leben braucht zwei Jobs

Ina Berninger und Irene Dingeldey von der Universität Bremen untersuchten die Einkommensverhältnisse von Familien mit Normalarbeitnehmern und abgeschlossener Berufsausbildung der gesellschaftlichen Mitte. „In vielen Familien sind inzwischen zwei Erwerbseinkommen nötig – insbesondere, wenn die Eltern nicht studiert haben. [hier Text gekürzt] Als arm ordneten sie Haushalte ein, die netto lediglich ein Einkommen unterhalb von 60 Prozent des Medians erzielen, inklusive Sozialleistungen. Bei einer vierköpfigen Familie waren das 1.909 Euro im Jahr 2011. Als mittleren Lebensstandard definierten Berninger und Dingeldey mindestens 80 Prozent des Medians – 2.545 Euro. [hier Text gekürzt] Schaut man auf das Arbeitseinkommen der gesellschaftlichen Mitte, erreichen damit in Westdeutschland 80 Prozent der kinderlosen Haushalte einen mittleren Lebensstandard, aber nur gut die Hälfte der Paare mit Kindern und unter 40 Prozent der Alleinerziehenden.“

Textquelle: Böckler Impuls 15/2013. Internetquelle (letzter Zugriff 30.08.2014): www.boeckler.de/44225_44241.htm

Zur Vertiefung siehe Ina Berninger und Irene Dingeldey, Familieneinkommen als neue Normalität, WSI-Mitteilungen 3/2013, Seite 182 bis 191

Lernmaterial sechs: Das Lob des Lasters – Eigennutz macht alle reich

Der Kapitalismus ist eine Wirtschaftsordnung der Gier, der Ausbeutung und des skrupellosen Suchens nach individuellen Vorteilen – so lautet das bekannte Vorurteil, und die gegenwärtige Krise scheint es zu bestätigen. Gier ist indes keine Besonderheit des modernen Kapitalismus, es gab sie schon zuvor.

Wäre der Kapitalismus als Prämie auf die Selbstsucht in die Welt gekommen, er hätte sich kaum durchgesetzt. Sein Erfolg gründete in dem Versprechen, die menschliche Vorteilssuche für den wirtschaftlichen Fortschritt zu nutzen und die Gier zu beschränken. Das ging nicht von heute auf morgen, aber am Ende des 18. Jahrhunderts hat sich der Kapitalismus auch durchgesetzt, weil er als vernünftige Alternative zur Privilegienwirtschaft des Ancien Régime erschien.

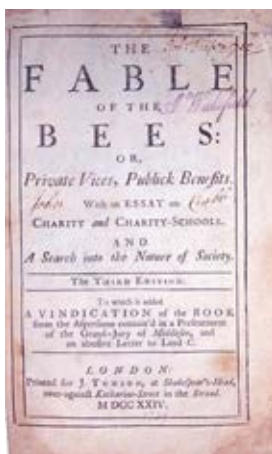
An der Wiege des Kapitalismus steht die Krise der alteuropäischen Welt, die mit der wachsenden Bevölkerung im 18. Jahrhundert dramatische Ausmaße annahm. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung der großen europäischen Staaten war verarmt; Hunger und Elend waren Dauergäste nicht nur in den Katen der armen Landbevölkerung. Merkantilismus und Kameralismus wurden der Lage nicht Herr mit ihrer Mischung aus Ge- und Verboten, Handelsschranken, Preisvorschriften und selektiv vergebenen Privilegien. Die vorherrschende Wirtschaftsmoral, die Eigennutz an den Pranger stellte, versagte mehr und mehr. Auf die Probleme der Wirtschaft nur mit Vorschriften und Forderungen zu reagieren war offensichtlich erfolglos, die Regulierung wurde im Laufe der Zeit auch zu einem Hemmschuh der Entwicklung. Das hatte Folgen.

Zu Ende des 17. Jahrhunderts begann eine intensive Debatte um die Frage, wie die Vielfalt der wirtschaftlichen Erscheinungen zu begreifen und zu bewerten sei – und wie aus einem realistischen Blickwinkel die Wirtschaft eines Landes zur Blüte zu bringen sei.

Bis ein gütiger Gott sie von allen Lastern befreite

Eine Antwort lieferte der in London lebende niederländisch-französische Arzt Bernard Mandeville. Er beschrieb 1705 in einem Gedicht („The Grumbling Hive“) einen munter summenden Bienenstock, dessen „Bewohner“ typische menschliche Laster hatten: Gier, Geiz, Eigennutz – bis ein gütiger Gott sie kurzerhand von allen Lastern befreite. Das Ergebnis: Der Bienenstock verödete, das Leben kam bis auf kärgliche Reste zum Erliegen: „Was früher drei zusammen machten / die sich einander überwachten / Das macht jetzt einer gut und ehrlich / So werden Tausende entbehrlich.“ Die Luxusbienen, die Arbeiterbienen, die Kriegerbienen verlieren alle ihre Existenz. „Stolz, Luxus und Betrugerei / muss sein, damit ein Volk gedeih!“, resümiert Mandeville.

Das war für damalige Moralvorstellungen starker Tobak, stellte es doch gängige Annahmen über die Welt geradezu auf den Kopf: Nach Mandeville resultierte der Wohlstand eines Landes nicht mehr aus dem gottgefälligen Handeln seiner Bewohner, sondern aus der Tatsache, dass sie mehr oder weniger ungehemmt den eigenen Vorteil suchen. Hauptsache, der Umsatz stimmt, könnte man zugespitzt sagen. Auch der Untertitel der „Fable of the Bees“ war eindeutig: „Private Laster / Allgemeiner Nutzen“. Seine Kritiker warfen Mandeville vor, Religion, Sitte und Anstand über Bord zu werfen und Chaos und Laster Vorschub zu leisten.



„Eigenliebe“ – in der Natur des Menschen

Mandeville wehrte sich, indem er in den kommenden Jahren sein Gedicht zu einem umfangreichen

sozialphilosophischen Traktat ausbaute. Darin machte er klar, dass ihm unmoralisches Verhalten nicht zusagte, aber bestand darauf, dass eine Regierung, die ihre Bürger an der Verfolgung ihrer Vorteile hindere, erfolglos sein müsse. „Eigenliebe“ liege in der Natur des Menschen. Mandeville forderte eine Neubewertung des Eigeninteresses – und eine starke Obrigkeit, die das Eigeninteresse zwar nicht als unmoralisch verfolgen, aber seine Folgen eindämmen sollte.

Manche Vorschläge Mandevilles sind nach heutigen Begriffen zynisch: So plädierte er gegen Sonntagsschulen für die Tagelöhner, die London vom Unrat befreien, da eine höhere Bildung diesen Menschen nur die Unerträglichkeit ihrer Lage klarmache. Oder er lobte die Stadtregierung von Amsterdam für die Einrichtung von Bordellen, da ehrbare Frauen so vor männlichen Übergriffen, die freilich in der Natur des Mannes lägen, geschützt werden könnten.

Mandevilles teils drastische Beschreibung der englischen Welt, sein Zynismus und die nicht unbedingt berechnete Hoffnung auf eine Obrigkeit, die die Natur des Menschen akzeptieren und notfalls zügeln werde, haben seine Texte später in das Kuriositätenkabinett der Geschichte der Ökonomie verbannt. Dabei waren seine Themen im 18. Jahrhundert aktuell; nur wurden sie von der schottischen Moralphilosophie um David Hume und Adam Smith anders gefasst. Damit kommt der moderne Kapitalismus ins Spiel, der – nach Meinung seiner frühen Befürworter [–] wie durch unsichtbare Hand die Gier mäßigt und die Effizienz steigert. An die Stelle der Obrigkeit trat die Idee der Selbstregulierung des Eigennutzes durch Markt und Wettbewerb.

Auch das Konzept funktionierender Märkte war früh bekannt. Dem Laissez-faire französischer Physiokraten, die für uneingeschränkte wirtschaftliche Freiheit plädierten, setzte etwa der deutsche Frühliberalismus die Idee entgegen, dass das Eigeninteresse die Funktionsfähigkeit des Marktes auch gefährden könnte. Die Ordnung des freien Marktes zu garantieren, so der deutsche Ökonom Georg Sartorius, sei genuine Aufgabe der Obrigkeit. Aber in deren Rahmen müsse der eigeninteressierte Mensch den Ton angeben. Insofern war der Kapitalismus von seinen Anfängen her die Ordnung der gemäßigten Selbstsucht, die Ordnung des wohlverstandenen Eigeninteresses.

Die industrielle Revolution im 19. Jahrhundert offenbarte scheinbar eine andere Realität des Kapitalismus: Er erschien seinen Kritikern als Ungleichheitsmaschine und ist es bis heute, so sagen sie. Daran ist richtig, dass die Konzepte des 18. und frühen 19. Jahrhunderts nicht immer der kapitalistischen Realität entsprachen. Aber die „großen Versprechen“ hat der Kapitalismus gehalten. Mit der Freigabe des wirtschaftlichen Handelns setzte ein ungekannter Produktivitätsfortschritt ein. Das Massenelend verschwand; der berüchtigte Manchesterkapitalismus war nur eine kurze Phase in Englands Geschichte.

Der Markt zivilisiert seine Teilnehmer mehr als jede Obrigkeit

Im Großen und Ganzen hat sich seit der Durchsetzung des Kapitalismus das Leben der einfachen Menschen viel mehr verändert als das Leben der Oberschicht. Was Letzterer bis weit in das 19. Jahrhundert exklusiv vorbehalten war, ist heute Allgemeingut. Und wo eine funktionierende Marktwirtschaft existiert, hat der Kapitalismus die „Selbstliebe“ in wohlverstandenes Interesse verwandelt. Das Gegenteil kann nur behaupten, wer die wirtschaftliche Realität Alteuropas nicht kennt.

Der Markt zivilisiert seine Teilnehmer mehr, als es jede Obrigkeit konnte. Nur muss eben die Funktionsfähigkeit des Marktes gesichert werden. Damit hat Mandeville recht behalten, der klar sah, wohin eine Rückkehr zur vermeintlich guten alten Zeit vor dem Kapitalismus führen würde: „Wer will, dass eine gold'ne Zeit / zurückkehrt, sollte nicht vergessen / man musste damals Eicheln fressen.“

Textquelle: Werner Plumpe, Eigennutz macht alle reich. Aus der Serie: Wie wir reich wurden, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 07.12.2009. Internetquelle (letzter Zugriff 30.08.2014): www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wie-wir-reich-wurden/serie-wie-wir-reich-wurden-12-eigennutz-macht-alle-reich-1894090.html

Arbeitsvorschläge zu den Lernmaterialien zwei bis sechs

1. Welche Funktion haben Löhne in der Volkswirtschaft (Lernmaterial zwei)? Ermitteln Sie Argumente, die die Theorie bekräftigen bzw. widerlegen (Lernmaterial drei und Lernmaterial vier).
2. Welche Bedeutung haben Löhne für Unternehmer und für Arbeitnehmer (Lernmaterial fünf)?
3. Was würde passieren, wenn alle Menschen das Gleiche verdienen? Vergleichen Sie Ihre Überlegungen mit der Bienenfabel von Mandeville (Lernmaterial sechs).

Kapitel drei eins drei: Bedarf es einer politischen Unanständigkeitsgrenze?

Lernmaterial sieben: Eine Obergrenze für Managergehälter?

Wonach sollten sich Managergehälter orientieren?

Vorstände in Dax-Unternehmen verdienen 2011 im Mittel 53-mal so viel wie durchschnittlich Beschäftigte. Dabei existiert eine erhebliche Bandbreite, vom 12-fachen bei Henkel bis zum 170-fachen bei VW. In den USA ist es gar das 273-fache, wie das Economic Policy Institute (EPI) für die 350 größten US-Unternehmen 2012 ausweist. 1965 waren es erst 20-mal so viel. (Vergleiche Pressemitteilungen 2013, Vorstände in Dax-Unternehmen verdienen im Mittel 53-mal so viel wie durchschnittliche Beschäftigte, Hans-Böckler-Stiftung vom 04.11.2013. Internetquelle [letzter Zugriff 30.08.2014]: www.boeckler.de/41907_44619.htm)

Nach einer Studie von Marc Rapp und Michael Wolff von der TU München aus dem Jahre 2008 stieg die Gesamtvergütung von Managern in 330 Aktiengesellschaften in 2 Jahren um 8 Prozent. Im Durchschnitt erhielt zwar ein Manager 2,9 Millionen Euro, allerdings hatten 70 Prozent weniger als 1 Million und nur 12 Prozent mehr als 2 Millionen. 55 Prozent dieser Vergütung waren außerdem von konkreten Zielvorgaben abhängig. (Vergleiche Karen Haak, Die Lohntüte der Chefs, Handelsblatt vom 20.09.2008. Internetquelle [letzter Zugriff 30.08.2014]: www.handelsblatt.com/karriere/nachrichten/studie-zu-vorstandsgehaeltern-die-lohntuete-der-chefs/3023968.html)

In der Schweiz stimmten die Bürger darüber ab, ob Firmenchefs künftig in einem Monat maximal so viel verdienen sollten wie ein einfacher Mitarbeiter in einem Jahr, das entsprach circa 500.000 Franken.

Forderungen

- a. Aktienoptionen der Manager sollen künftig nicht nach 2, sondern erst nach 4 Jahren eingelöst werden.
- b. Für Managergehälter ist eine absolute Gehaltsobergrenze einzuführen.
- c. Die Managervergütung soll im Vergleich zum Durchschnittseinkommen der Gesamtbelegschaft festgelegt werden.
- d. Die Managervergütung soll vor allem aus erfolgsabhängigen Anteilen bestehen, zum Beispiel Jahresbonus in Abhängigkeit vom erreichten Ziel und Aktien.
- e. Die Managervergütung muss garantierte Bonuszahlungen enthalten.
- f. Managergehälter sollen zu zwei Dritteln an der Entwicklung des Aktienkurses und zu einem Drittel an den Erlösen des Unternehmens orientiert sein.
- g. Aufsichtsrat und Manager verhandeln frei über die Vergütung.

Begründungen

1. Um Manager für den Unternehmenserfolg zu honorieren, dienen Aktien als erfolgsabhängige Gehaltsbestandteile, die Leistungsanreize setzen.
2. Angestellte Manager benötigen Anreize, um ein Unternehmen im Interesse der Eigentümer langfristig zum Erfolg zu führen.
3. Das marktwirtschaftliche Prinzip der Haftung muss sich im Gehalt niederschlagen. Wer erfolgreich wirtschaftet, soll gut verdienen, wer es nicht tut, soll es auch spüren.
4. Wenn andere Unternehmen erfolgreiche Manager abwerben wollen, muss ihnen schnell ein höherer Lohn gezahlt werden können.
5. Den Managern ist das vernünftige Maß verloren gegangen, sie kontrollieren sich in Aufsichtsräten wechselseitig, die Kleinaktionäre spielen in den Hauptversammlungen kaum eine Rolle.
6. In der Hauptversammlung entscheiden die Anteilseigner, in den Aufsichtsräten können die Arbeitnehmer mitentscheiden.
7. Falsche, kurzfristige Leistungsanreize begründeten den Zusammenbruch von Unternehmen in der Finanzkrise.
8. Die Diskrepanz zwischen Managern und Durchschnittsbeschäftigten ist nicht vermittelbar und mindert die Motivation der Beschäftigten.

Lernmaterial acht: Soll ein Mindestlohn staatlich festgelegt werden?

Wer ist von geringen Verdiensten betroffen? Wer könnte vom Mindestlohn profitieren?

Im Jahr 2012 verdienten je nach Schätzungen 15 bis fast 20 Prozent der Beschäftigten weniger als 8,50 Euro. Geschätzt wird, dass circa 5 bis 7 Millionen Beschäftigte von einem Mindestlohn profitieren könnten (vergleiche Bosch und Weinkopf 2014, Seite 46).

Bei den Geringverdienern ist der Anteil von

- Ostdeutschen mit 29,3 Prozent höher als der von Westdeutschen mit 16,9 Prozent,
- Frauen mit 24,2 Prozent höher als der von Männern mit 14,3 Prozent,
- Minijob- mit 68,3 Prozent und Teilzeitbeschäftigten mit 8,3 Prozent höher als der von Vollzeitbeschäftigten mit 10,8 Prozent und von
- formal Geringqualifizierten mit 37 Prozent höher als jener mit Berufsausbildung mit 19 Prozent bzw. akademischen Abschlüssen mit 6,3 Prozent.

Besonders betroffen sind zudem junge Menschen unter 25 (47 Prozent) und Ältere über 55, befristet Beschäftigte (31,9 Prozent) und Ausländer und Ausländerinnen (25 Prozent) (vergleiche Bosch und Weinkopf 2014, Seite 49 bis 50).

Textquelle: vergleiche Gerhard Bosch und Claudia Weinkopf, Zur Einführung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro in Deutschland. Arbeitspapier 304, Düsseldorf. Internetquelle (letzter Zugriff 30.08.2014): www.boeckler.de/pdf/p_arbp_304.pdf

Position eins: Mindestlöhne sind nötig

- Im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums wurden Mindestlöhne in mehreren Branchen untersucht (Abfall, Bau, Dachdecker, Elektro, Gebäudereinigung, Maler, Lackierer, Pflege, Wäscherei). Nennenswerte Konsequenzen für Beschäftigung oder Wettbewerb wurden nicht entdeckt.
- Auf dem Arbeitsmarkt existieren Machtungleichgewichte. Der Mindestlohn ist erforderlich, um die Übermacht der Unternehmen zu stoppen, die lokal Löhne unterhalb des Marktlohns festsetzen können.
- Die Beschäftigten können bei niedrigen Löhnen ihr Angebot nicht verringern, sondern müssen es ausweiten. Da der gewerkschaftliche Organisationsgrad gesunken ist, fehlt der Schutz.
- Die staatlichen Sozialkassen profitieren vom Mindestlohn, da Transferzahlungen zur Aufstockung der Löhne entfallen und zusätzlich Steuer- und Sozialbeiträge eingenommen werden.
- Mindestlöhne lösen Nachfrageeffekte aus, da Geringverdiener eine höhere Konsumquote haben und ihr zusätzliches Einkommen wieder ausgeben.
- Höhere Löhne fördern die Motivation und Leistung der Beschäftigten, sie verringern die Fluktuation und steigern somit die Effizienz und Produktivität der Unternehmen.

Position zwei: Mindestlöhne sind schädlich

- Ein Mindestlohn, der über dem Marktpreis liegt, führt zu einer geringeren Nachfrage nach Arbeit.
- Beschäftigte können nur nach ihrer Produktivität entlohnt werden. Unternehmen können im Wettbewerb nicht bestehen, wenn sie Arbeitskräfte zu Löhnen beschäftigen, die sie nicht erwirtschaften. Deshalb vernichtet ein Mindestlohn Arbeitsplätze.
- Ein Mindestlohn verhindert vor allem, dass Menschen ohne Ausbildung oder sonstige Handicaps eingestellt werden, für die dringend neue Chancen geschaffen werden müssten.
- Ein Mindestlohn erhöht die Verdienste der Beschäftigten nur dann, wenn die Kunden bereit sind mehr zu zahlen oder der Arbeitgeber auf Einkommen verzichtet. Sonst ist er Ursache für Arbeitsplatzverluste, Schattenwirtschaft und Scheinselbstständigkeit.
- Der Mindestlohn ist ein ungeeignetes Instrument zur Armutsbekämpfung, da viele Geringverdiener gar nicht in armen Haushalten leben, sondern zumeist Zuverdienste erwerben.
- Der Mindestlohn mindert nicht die Zahl der Aufstocker, da die Hälfte der Niedriglöhner weniger als 15 Stunden die Woche arbeitet.

Arbeitsvorschläge zu den Lernmaterialien sieben und acht

Die einen haben ein Jahresgehalt, das für Normalsterbliche unvorstellbar ist. Andere können von ihrem Lohn nicht leben und sind auf Hilfe anderer angewiesen. In beiden Fällen wurde und wird darüber diskutiert, ob der Staat in die Lohnbildung eingreifen soll. In dem einen Fall soll er Obergrenzen, im anderen Fall einen flächendeckenden Mindestlohn festlegen.

1. Eine Obergrenze für Managergehälter (Lernmaterial sieben):
 - a) Wie beurteilen Sie die Höhe der Managergehälter – auch im Vergleich zum Durchschnitt der Beschäftigten? Sollte eine gesetzliche Obergrenze festgelegt werden?
 - b) Wie lassen sich die Forderungen nach Unterschieden und Ähnlichkeiten vergleichen?
 - c) Mit welchen Argumenten lassen sich die Forderungen begründen?
 - d) Welche Forderungen würden Sie stellen, wie begründen Sie diese und welche Argumente sprechen dagegen?
 - e) Wer sollte aus Ihrer Sicht die Managergehälter festlegen: der Gesetzgeber, die Aufsichtsräte oder die Hauptversammlung? Wie begründen Sie Ihre Position?

Zur Vertiefung: Recherchen Sie im Internet den politischen Umgang mit den Managergehältern.

 - c) Welche aktuellen Anlässe führten zu den Forderungen nach Obergrenzen?
 - d) Welche Maßnahmen wurden gefordert, welche realisiert?
2. Ein staatlicher Mindestlohn (Lernmaterial acht):

Wie beurteilen Sie die Festlegung eines flächendeckenden Mindestlohns auf der Basis der Situationsbeschreibung? Teilen Sie sich in drei Gruppen auf:

 - a) Arbeitnehmervertreter und Arbeitnehmervertreterinnen plädieren für einen Mindestlohn,
 - b) Arbeitgebervertreter und Arbeitgebervertreterinnen plädieren gegen einen Mindestlohn.
 - c) Politiker und Politikerinnen sind noch unsicher über die richtige Entscheidung und bereiten sich auf Fragen vor.

In dem Expertenhearing nehmen zunächst Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter und -vertreterinnen Stellung (drei bis fünf Minuten), diskutieren weitere zehn Minuten (je eine Minute). Die Politiker und Politikerinnen beraten zehn bis fünfzehn Minuten und treffen eine Entscheidung.

Zur Vertiefung: Recherchieren Sie im Internet:

 - e) Wie wird der Mindestlohn künftig festgelegt? Wie soll er sich entwickeln?
 - f) Welche Ausnahmen gibt es? Welche Auswirkungen haben sich ergeben? Wovon sind sie abhängig?
3. Zur grundlegenden Reflexion: Ökonomen halten den Eingriff in die Preisbildung für problematisch. Sollte die Preisbildung nicht besser dem Markt überlassen werden?
 - a) Warum ist vielen Ökonomen die freie Preisbildung so wichtig?
 - b) Welche Argumente sprechen dagegen?
 - c) Gäbe es auch andere Möglichkeiten, Ungleichheit zu mindern?

Kapitel drei zwei: Lernmaterialien zum Themenblock zwei: Gleichmäßigere Verteilung oder Armutsschutz?

Kapitel drei zwei eins: Umverteilung: notwendig und schädlich?

Lernmaterial neun: Notwendigkeit und Grenzen der Umverteilung und sozialen Absicherung

Die Preisbildung auf dem Arbeitsmarkt soll Knappheit und Überfluss im Verhältnis von Angebot und Nachfrage zum Ausgleich bringen. Diese „Marktgerechtigkeit“ soll zu Leistungsanreizen bei den Anbietern führen, so dass über die Markt- auch Leistungsgerechtigkeit forciert wird. Damit wird Ungleichheit bewusst in Kauf genommen, womit aber Probleme der Bedarfsgerechtigkeit entstehen:

- Wie werden die Lebensrisiken abgesichert, die jedes Individuum treffen können, wie etwa eine lange Krankheit, die sowohl Einkommensausfälle als auch hohe Krankheitskosten mit sich bringt?
- Wie werden jene unterstützt, die in Abhängigkeit von Alter, Qualifikation, Gesundheit oder wegen anderer Aufgaben (Pflege von Angehörigen) keine marktverwertbare Leistung erbringen oder marktverwertbare Ressourcen einsetzen können?
- Wie wird verhindert, dass sich auf Dauer die Ungleichheit vererbt oder verfestigt und eine Wirtschaftsordnung in Frage stellt, die Leistungsgerechtigkeit anstrebt?
- Werden die Markteinkommen zwischen denjenigen, die sie erstellt haben, angemessen verteilt oder existieren unterschiedliche Chancen, die Verteilung zu den eigenen Gunsten zu beeinflussen?

Dies macht eine Form der sozialen Absicherung oder Minderung der Ungleichheit erforderlich, bei denen die Seite der Finanzierung und der Leistung zu bedenken ist.

- Die Finanzierung von Leistungen sozialer Sicherheit, sozialen Transfers oder öffentlichen Gütern erfolgt vor allem über Steuern oder auch Versicherungsbeiträge. Diese schmälern das gegenwärtig verfügbare Einkommen und schaffen – in Abhängigkeit von ihrer Höhe – Ausweichanreize und mindern so die erwarteten Einnahmen.
- Die Inanspruchnahme der zur Verfügung gestellten Leistungen ist – je nach Ausgestaltung – auch möglich, ohne dass ein individueller Bedarf existiert oder zur Finanzierung beigetragen wurde, so dass eine Überbeanspruchung steigende Kosten verursacht.

Ein gewisses Maß an Umverteilung und die Notwendigkeit, Lebensrisiken abzusichern, sind weitgehend unumstritten; umstritten ist das Ausmaß der Umverteilung und ihre Ausgestaltung.

Textquelle: Autorentext

Lernmaterial zehn: Maße der Einkommensverteilung und -umverteilung

Eine Vorstellung über die Verteilung des Einkommens in einer Volkswirtschaft, zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Haushalten oder Personen, ist relevant, wenn man beurteilen will, wie sich die wirtschaftliche Ungleichheit entwickelt hat, wie sie korrigiert wurde und welches Ausmaß als gesellschaftlich wünschenswert angesehen wird. Dabei sind verschiedene Daten und Maßstäbe zu unterscheiden.

1. Die Aussage kann sich auf die Markteinkommen als primäre Einkommensverteilung oder auf die Haushaltsnettoeinkommen (sekundäre Einkommensverteilung) beziehen. Als Markteinkommen gelten die Einkommen der Produktionsfaktoren „Arbeit“ und „Kapital“, also nicht nur der Lohn für Arbeit, sondern auch Gewinne bzw. der Zins für Miete und Spareinlagen. Beim Nettohaushaltseinkommen ist die Umverteilung über Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und Sozialtransfers berücksichtigt. Die Einkommen sagen allerdings nichts aus über das verfügbare Vermögen.
2. Einfach darstellen und vergleichen lassen sich die Mittelwerte und ihre Entwicklung. Sie geben die Ungleichheit aber nur begrenzt wieder. Um eine Verzerrung des Durchschnittswerts durch extrem Reiche zu mindern, wird oft zusätzlich der Median angegeben. Das ist der Wert, der die Haushalte in eine ärmere und eine reichere Hälfte trennt.
3. Um den sozialpolitischen Handlungsbedarf zu konkretisieren, ist der Anteil der Armen bzw. von Armut gefährdeten Menschen bedeutsam. Armut wird relativ zum Wohlstandsniveau der Bevölkerung angegeben. Die Armutsrisikoquote gibt den Anteil der Personen in Haushalten an, deren bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen weniger als 60 Prozent des Medians aller Einkommen der Population beträgt. Mit der Bedarfsgewichtung ist gemeint, dass Personen in Mehrpersonenhaushalten in der Regel weniger Einkommen für den gleichen (äquivalenten) Lebensstandard benötigen wie ein Singlehaushalt.
4. Um die Verteilung differenzierter darzustellen, wird ermittelt, wie viel Prozent des gesamten Einkommens oder Vermögens das unterste Zehntel (Dezil) oder Fünftel (Quintil) der Bevölkerung hat und wie viel das oberste. Diese Einkommensschichtung lässt sich besser veranschaulichen bzw. aussagekräftiger angeben in
 - der Lorenzkurve: Sie gibt an, wie viel Prozent der Haushalte wie viel kumulierte Einkommensbeziehungsweise Vermögensteile haben. Liegt Gleichverteilung vor ($x = y$), ist die Kurve eine Diagonale. Je ungleicher die Verteilung, desto mehr erstreckt sich die Kurve entlang der Abszisse.
 - dem Gini-Koeffizient: Er stellt die Auswertung der Lorenzkurve in einer Zahl dar. Er hat den Wert von 0, wenn alle das gleiche Einkommen haben, und einen Wert von 1, wenn eine Person das gesamte Einkommen oder Vermögen hätte.
5. Demgegenüber wird im Sozialbudget die Höhe, Struktur und Entwicklung der Kosten der sozialen Sicherung ausgedrückt. Es wird gegliedert nach den Leistungen und den zur Finanzierung beitragenden Institutionen. Während es dabei vor allem die Kosten für unterschiedliche Leistungen vergleichen lässt, sagen die absoluten Kosten wenig aus. Deshalb wird das Sozialbudget auch ins Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt als Gesamtwert der in einem Jahr erzeugten Güter und Dienstleistungen gesetzt. Dies wird in der Sozialleistungsquote ausgedrückt. Ebenso drückt die Steuerquote den Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt aus.

Textquelle: Autorentext

Lernmaterial elf: Ungleichheit in Deutschland

Umverteilung von Markt- zu Nettoeinkommen

„Trotz deutlich steigender Ungleichheit der Markteinkommen in den 1990er Jahren ist die Ungleichheit der Nettoeinkommen im gleichen Zeitraum nicht gewachsen. Anders dagegen von 2000 bis 2010. Bis zum Jahr 2005 stiegen zunächst sowohl die Ungleichheit der Markteinkommen als auch die Ungleichheit der Nettoeinkommen. Ab dem Jahr 2006 ist die Ungleichheit der Nettoeinkommen, trotz fallender Ungleichheit der Markteinkommen, nicht spürbar zurückgegangen. Die ausgleichende Wirkung staatlicher Umverteilung hat somit seit einem guten Jahrzehnt abgenommen.“

Text- und Bildquelle: Kai Schmidt/Ulrike Stein / Rudolf Zwiener, IMK Verteilungsmonitor.

Einkommensverteilung in Deutschland 1991-2010, 2013, S. 10 (l) u. 6 (r). Online verfügbar unter

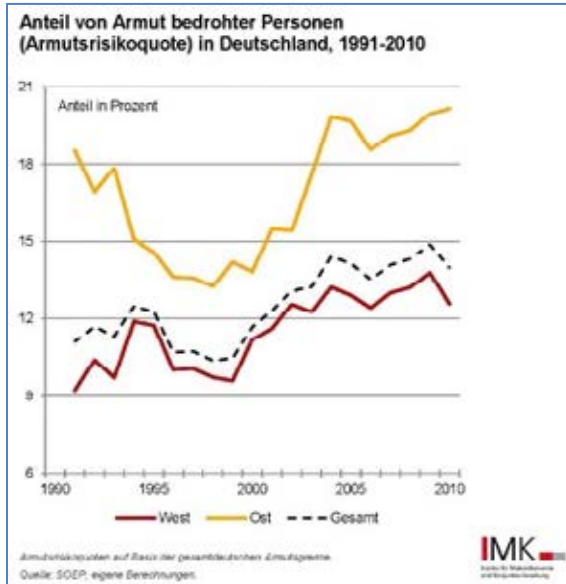
http://www.boeckler.de/pdf/imk_pj_verteilungsmonitor.pdf



Entwicklung der Armutsrisikoquote

„In der ersten Hälfte der 1990er Jahre zeigte sich eine Annäherung der Armutsrisikoquoten von Ost- und Westdeutschland. Zwischen 1998 und 2004 verzeichnete die Armutsquote in Ostdeutschland einen starken Anstieg. In Westdeutschland zeigte sich ebenfalls eine Zunahme, jedoch weniger ausgeprägt. Von 1998 bis 2010 stieg die Armutsrisikoquote in Westdeutschland von etwa 10 Prozent auf knapp 13 Prozent; in Ostdeutschland von etwa 13 Prozent auf 20 Prozent.“

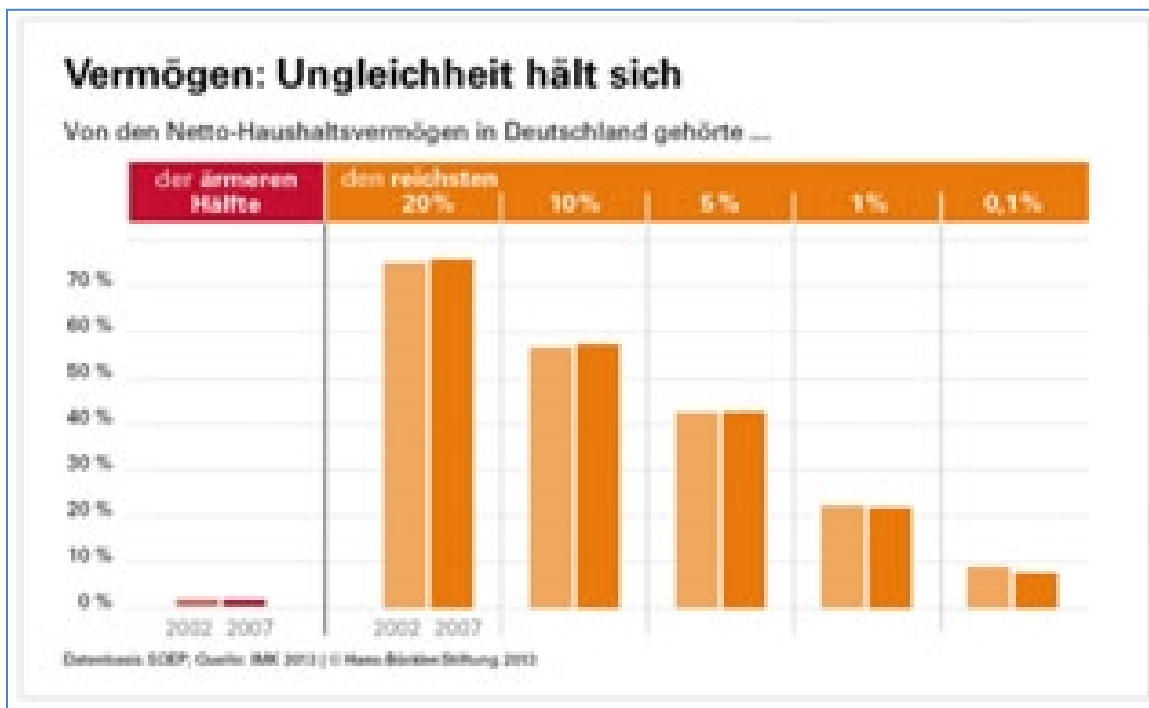
Text- und Bildquelle: Aus: Kai Schmidt/Ulrike Stein / Rudolf Zwiener, IMK Verteilungsmonitor. Einkommensverteilung in Deutschland 1991-2010, 2013, S. 10 (l) u. 6 (r). Online verfügbar unter http://www.boeckler.de/pdf/imk_pj_verteilungsmonitor.pdf



Ungleichheit der Vermögen

„Netto – also abzüglich der Schulden – besaßen deutsche Privathaushalte Ende 2010 ein Vermögen von 195.200 Euro. Der Median – der Wert, der die Haushalte in einer reichere und eine ärmere Hälfte teilt – liegt allerdings deutlich niedriger: bei 51.400 Euro.“

Textquelle: Böckler Impuls 12/2013. Internetquelle (letzter Zugriff 30.08.2014): www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/43517_43532.htm



Lernmaterial zwölf: Leistungen und Finanzierung sozialer Sicherheit

Sozialleistungen 2013

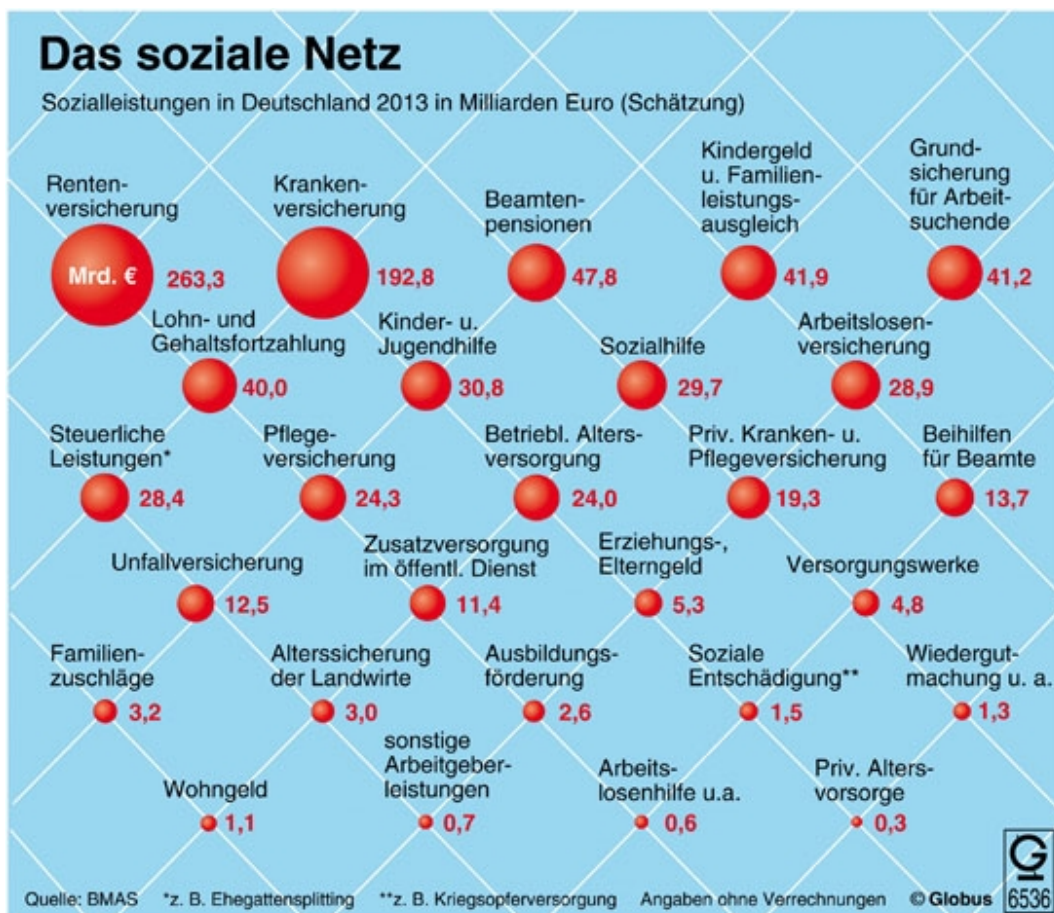
2013 wurden 812,2 Milliarden Euro für Sozialleistungen ausgegeben. Der Anteil der Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukts – auch Sozialleistungsquote genannt - machte 29,7 Prozent aus.

Davon entfielen auf Krankheit und Individualität 332,1 Milliarden, auf Alter und Hinterbliebene 307,3 Milliarden, auf Kinder, Ehegatten und Mutterschutz 86,6 Milliarden, auf Arbeitslosigkeit 32,4 Milliarden und auf Sonstiges 21,2 Milliarden Euro.

Auf die Sozialversicherungssysteme entfielen 494,7 Milliarden, auf die Systeme des öffentlichen Dienstes 64,7 Milliarden, auf Arbeitgebersysteme 76 Milliarden und auf die Förder- und Fürsorgesysteme 153,1 Milliarden Euro.

Zu letzterem zählen einerseits viele familienpolitische Leistungen wie etwa Kindergeld und Familienlastenausgleich 41,9 Milliarden, Erziehungs- und Elterngeld mit 5 Milliarden, Kinder- und Jugendhilfe mit 30,8 Milliarden Euro, andererseits die Grundsicherung für Arbeitssuchende mit 41,2 Milliarden sowie die Sozialhilfe mit 29,7 Milliarden Euro.

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2014: Sozialbudget 2013. Bonn S. 6 und 9
http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/a230-13-sozialbudget-2013.pdf?__blob=publicationFile&v=2



Finanzierung der Sozialleistungen

- a) private Haushalte: 30,2 Prozent
- b) Unternehmen: 26,5 Prozent
- c) Bund: 23,2 Prozent
- d) Gemeinden: 9,5 Prozent
- e) Länder: 8,7 Prozent
- f) private Organisationen: 1,5 Prozent
- g) Sozialversicherung: 0,4 Prozent

Datenquellen: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)/ und Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Datenreport 2013, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, Seite 273.

Entwicklung der Leistungen zur sozialen Sicherheit (Sozialleistungsquote 1960 bis 2012)

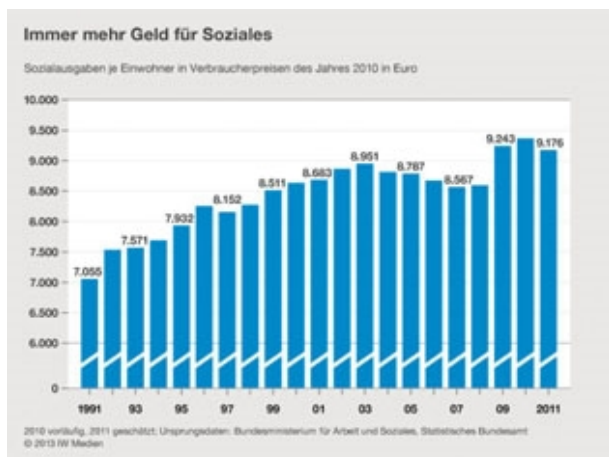
- 1960: 18,3 Prozent
- 1970: 20,2 Prozent
- 1980: 25,7 Prozent
- 1990: 24,1 Prozent
- 1995: 28,3 Prozent
- 2000: 29,7 Prozent
- 2005: 29,0 Prozent
- 2010: 30,6 Prozent
- 2011: 29,7 Prozent

Quelle: BMAS 2013, Sozialbudget 2012; Daten aus: IAQ, Unbezahlbarer Sozialstaat? Seit 2009 rückläufige Sozialleistungsquote, 2013. Internetquelle (letzter Zugriff 30.08.2014): www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Finanzierung/Datensammlung/PDF-Dateien/abbll1a_Grafik_Monat_09_2013.pdf

Immer mehr Geld für Soziales

Das Institut der Deutschen Wirtschaft kennzeichnet die Sozialausgaben je Einwohner in Verbraucherpreisen des Jahres 2010 in Euro. Diese sind von 7.055 im Jahre 1991 auf 9.176 im Jahre 2010 gestiegen.

Quelle: IWD 2012: Sozialpolitik. Fakten und Zahlen. 6.12.2012 www.iwd.de/artikel/fakten-und-zahlen-98373/



Arbeitsvorschläge zu den Lernmaterialien neun bis zwölf

1. Wie lässt sich die Korrektur der marktwirtschaftlichen Einkommensverteilung begründen (Lernmaterial neun)?
 - a) Welche unterschiedlichen Perspektiven auf Gerechtigkeit existieren?
 - b) Welche neuen Probleme könnte eine solche Korrektur mit sich bringen?
2. Wie lässt sich die wirtschaftliche Ungleichheit und die Umverteilung in Deutschland charakterisieren (Lernmaterial zehn bis Lernmaterial zwölf)?
 - a) Informieren Sie sich zunächst, wie Ungleichheit gemessen werden kann (Lernmaterial zehn).
 - b) Erstellen Sie einen Bericht zur wirtschaftlichen Ungleichheit und Umverteilung in Deutschland mit den aussagekräftigsten Daten (Lernmaterial elf und Lernmaterial zwölf).

Kapitel drei zwei zwei: Privater Reichtum – Öffentliche Armut: Umverteilen – aber wie?

Lernmaterial dreizehn: Allgemeine Zielsetzungen eines sozialen Ausgleichs

- Sollte das Glück der größten Zahl verwirklicht werden, da die Wohlfahrt einer Gesellschaft die Summe der Wohlfahrt der Einzelindividuen ist? Solche Vorstellungen stammen von Jeremy Bentham und John Stuart Mill.
- Sollte ein Zustand angestrebt werden, in dem kein Individuum besser gestellt werden kann, ohne ein anderes schlechter zu stellen? Dies beruht auf den Überlegungen von Vilfredo Pareto.
- Sollten diejenigen, denen es besser geht, diejenigen entschädigen, denen es schlechter geht? Dieses Kompensationsmodell geht auf Ronald Coase zurück.
- Sollte vor allem die Situation jener verbessert werden, die zu den am wenigsten Begünstigten der Gesellschaft gehören? Diese Zielsetzung stammt von John Rawls.
- Sollte ökonomische Gerechtigkeit verbessert werden, indem alle wirksame Mitspracherechte über ihre Entfaltungsmöglichkeiten wahrnehmen können? Diese Idee vertritt etwa Amartya Sen.

Lernmaterial vierzehn: Prinzipien zur Ausgestaltung des sozialen Ausgleichs

1. Verhältnis von Beitrag und Leistung

- a) Nach dem Äquivalenzprinzip entsprechen sich Finanzierung und Leistung, so dass jene, die höhere Beiträge zahlen, auch mehr Leistungen erhalten, aber auch jene, die höhere Risiken haben, höhere Beiträge zahlen.
- b) Nach dem Solidarprinzip findet ein sozialer Ausgleich zwischen Ärmeren und Reicheren, zwischen Kranken und Gesunden, zwischen Jungen und Alten, zwischen Arbeitnehmern und Arbeitslosen etc. statt. Hier sind die Leistungen nicht an die Finanzierung gekoppelt.

2. Eintritt des Leistungsfalls

- a) Beim Kausalprinzip begründen Beitragszahlungen und Eintritt des Versicherungsfalls die Leistung ohne Bedürftigkeitsprüfung.
- b) Das Subsidiaritätsprinzip soll die Selbsthilfe fördern, was auch Unterstützung durch Familie oder Haushaltsmitglieder einschließt.
- c) Das Finalprinzip begründet die Unterstützung in Notlagen nach der Bedürftigkeit des Einzelnen.

Lernmaterial fünfzehn: Werden die Starken eher belastet oder eher geschont?

Gutverdiener leisten ihren Beitrag

Das arbeitgebernahe Institut der Deutschen Wirtschaft stellt in einer Grafik die Entwicklung der Einkommenssteuertarife von 1995 bis 2013 dar. Der Nachweis, dass Gutverdiener ihren Beitrag leisten, wird darüber geführt, dass der Steueranteil der oberen 10 Prozent noch etwas größer geworden sei. Dies liegt zum einen am Anstieg ihrer Einkommen, aber auch an der Wirkung von Steuerreformen. So wurde der Grundfreibetrag 1996 auf 6184 verdoppelt, der Eingangssteuersatz wurde 1999 von fast 26 Prozent auf 15 Prozent und der Spitzensteuersatz von 53 auf 42 Prozent gesenkt und auch die Einkommenseckwerte wurden verändert. „Trotz der niedrigeren Spitzensteuersätze trägt das oberste Einkommenszehntel nach dem aktuellen Steuertarif voraussichtlich 53,9 Prozent zum diesjährigen Einkommenssteueraufkommen bei.“ Aus der Sicht des Instituts ist der Tarifverlauf bedeutsam: „Durch den höheren Grundfreibetrag und den niedrigen Eingangssteuersatz sparen die Geringverdiener im Verhältnis noch mehr Steuern, als die Spitzenverdiener durch die Steuersenkung am oberen Ende gewinnen.“

Bildquelle und vgl. Textquelle: iwd 2013, Gutverdiener leisten ihren Beitrag; Internetquelle (letzter Zugriff 01.08.2016): <https://www.iwd.de/artikel/gutverdiener-leisten-ihren-beitrag-117691/>



Die stärksten Schultern werden geschont

Nach Studien des gewerkschaftsnahen Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) hat sich die Kluft zwischen großen und kleinen Haushaltseinkommen in den letzten zwanzig Jahren vergrößert, auch durch die sinkende Umverteilung über Steuern und Sozialbeiträge. Nach den Forschern muss zum einen die gesamte Steuerbelastung berücksichtigt werden, die sich in den vergangenen Jahren zunehmend von der Einkommenssteuer zur Mehrwertsteuer verschoben habe. Während die Einkommenssteuer noch in den 1990er Jahren 38 Prozent ausmachte, betrug ihr Anteil 2011 30 Prozent. Demgegenüber machte die Mehrwertsteuer 1991 27 Prozent des Steueraufkommens aus, 2011 waren es mehr als 33 Prozent. Die Mehrwertsteuerbelastung ist umso höher je niedriger das Einkommen ist.

Bildquelle und vgl. Textquelle: Böckler Impuls, Ausgabe 15/2013. Die stärksten Schultern werden geschont.

Internetquelle (letzter Zugriff 01.08.2016):

http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/44225_44246.htm



Lernmaterial sechzehn: Steuern oder Einnahmen?

„Wer weniger Steuern zahlen muss, ist eher bereit mehr zu arbeiten oder zu investieren, da am Ende des Monats mehr übrig bleibt. Wer mehr Steuer zahlen muss, tendiert eher dazu, genau das Gegenteil zu tun“, warnt das Institut der Deutschen Wirtschaft (Textquelle: IWD Nummer 33, 15.08.2013) und „rechnet mit stärkeren Ausweichreaktionen“.

Steuern haben zwei Gesichter. Während die einen sie zahlen müssen, wollen die anderen sie einnehmen. Steuern haben neben den Einnahmeeffekten immer auch Anreizeffekte. So will man mit bestimmten Verbrauchssteuern – etwa auf Alkohol, Zigaretten, Energie – den Einzelnen bewegen, weniger zu verbrauchen und schädliche Folgen zu vermeiden. Solche Anreize, Steuern zu vermeiden, gehen aber auch von anderen Steuern aus. Schließlich könnte man die von Steuern finanzierten öffentlichen Güter auch nutzen, ohne Steuern gezahlt zu haben. Deshalb ist nie genau prognostizierbar, wie hoch die Steuereinnahmen sein werden, da man nie genau weiß, wie die zu Besteuernden reagieren. Dazu einige Beispiele:

- Werden die Einkommenssteuern erhöht, mag Mehrarbeit weniger attraktiv sein, vielleicht wird aber solche Arbeit attraktiver, von der das Finanzamt nichts merkt.
- Werden Mehrwertsteuern erhöht, mag es attraktiver werden, Güter dort zu kaufen, wo sie günstiger sind und die Mehrwertsteuer geringer ist.
- Werden die Unternehmenssteuern erhöht, können sie auf den Verbraucher übergewälzt werden, so dass letztlich gar nicht diejenigen getroffen werden, die man treffen will. Unternehmen investieren vielleicht auch weniger, so dass die Steuereinnahmen auch deshalb geringer werden.
- Wird der Steuersatz für Spitzenverdiener erhöht, wird es für sie attraktiver, einen findigeren Steuerberater zu zahlen, der ganz legal nach Möglichkeiten der Steuerbefreiung sucht – oder aber sie wählen die Exitstrategie, indem sie (a) legal ihren Wohnsitz oder ihr Unternehmen verlagern oder (b) illegal Vermögen auf anonymen Auslandskonten parken und in Steueroasen ihre Steuerschuld vor dem deutschen Fiskus retten.

Textquelle: Autorentext

Entwicklung der Steuerquote von 1965 bis 2010

Die Steuerquote ist das Verhältnis von Steueraufkommen und Bruttoinlandsprodukt. Sie betrug in Deutschland im Jahre 1965 23,1 und im Jahre 2010 22 Prozent, auch in den USA ist sie von 21,4 auf 18,5 Prozent gefallen. Demgegenüber hat sie sich in vielen anderen Ländern erhöht. So ist sie im gleichen Zeitraum in Griechenland von 12,3 auf 20 Prozent gestiegen, in Italien von 16,8 auf 29,5 Prozent, in Schweden von 29,2 auf 34,1 Prozent, in Großbritannien von 25,7 auf 28,2 Prozent.

Datenquelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2010, Paris, 2012; Stand Dezember 2012 aus: Monatsbericht des BMF Mai 2013, Tabelle 17, Seite 114. Internetquelle (letzter Zugriff 30.08.2014): www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2013/05/Downloads/monatsbericht_2013_05_deutsch.pdf

Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird

Der französische Ökonom Gabriel Zucman hat die Steuerflucht untersucht und dabei auch die Ausweichstrategien offengelegt. Als die Einkommen stärker besteuert wurden, entdeckten einige Länder das Geschäftsmodell der Steueroase. Als das Ende der Bankgeheimnisse drohte, wurden Briefkastenfirmen gegründet. Nach der Einführung von Quellensteuern wurden steuerfreie Fonds aufgelegt. Gabriel Zucman schätzt für Deutschland die Kosten der Steueroasen auf 30 Milliarden Euro, die an Steuern über „Steuerflucht“ und „Steuroptimierung“ verloren gehen. Zucman fordert deshalb ein globales Register aller Wertpapiere, Strafzölle für Exporte aus Steueroasen und eine globale Besteuerung der Gewinne multinationaler Konzerne.

Textquelle: Autorentext. Vergleiche Gabriel Zucman, Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird. Berlin: Suhrkamp, 2014

Karikaturen zu Steuerbelastung und Steuerentwicklung



Arbeitsvorschläge zu den Lernmaterialien dreizehn bis sechzehn

1. Nach welchen allgemeinen Zielsetzungen sollte ein sozialer Ausgleich erfolgen?
 - a) Welche Maßnahmen lassen sich aus den Zielsetzungen ableiten und welche Herausforderungen sind damit verbunden (Lernmaterial vierzehn)?
 - b) Welche Beispiele existieren für die sozialpolitischen Prinzipien und welche Auswirkungen sind mit ihnen verbunden (Lernmaterial fünfzehn)?
2. Werden die Einkommensstärksten besonders geschont oder besonders belastet (Lernmaterial sechzehn)?
 - a) Wie unterscheiden sich die Ergebnisse der arbeitnehmer- und arbeitgebernahen Forschungsinstitute?
 - b) Zu welchem Urteil kommen Sie auf der Basis dieser Ergebnisse?
3. Wie wirken sich Steuern, Versicherungen und öffentliche Güter aus (Lernmaterial siebzehn)?
 - a) Welche Möglichkeiten haben Steuerzahler, auf Steuern zu reagieren?
 - b) Wie hat sich die Steuerquote in unterschiedlichen Ländern und im Vergleich entwickelt?
 - c) Wie beurteilen Sie die Chancen und Grenzen der Umverteilung über Steuern?
4. Wie erscheinen Steuern im Spiegel der Karikatur?
 - a) Was stellt die Karikatur dar? Was fällt besonders auf? Welche Wirkung entsteht?
 - b) Welche Kernaussage will der Karikaturist mitteilen?
 - c) Worauf spielt die Karikatur an? In welchen Zusammenhang lässt sich die Intention einordnen?
 - d) Entwickeln Sie eine kreative Überschrift für die Darstellung

Kapitel drei zwei drei Bürgerversicherung, Grundeinkommen, Negativsteuern ...?

Lernmaterial siebzehn: Herausforderungen der gegenwärtigen Absicherung

Die Sozialversicherung ist an die Lohneinkommen gekoppelt. Andere Einkommensarten – wie Miete und Zinserträge – werden nicht einbezogen. Demgegenüber existieren dennoch Versorgungslücken bei unvollständigen Versicherungsbiografien, denn die Sozialversicherung ist vor allem am vollbeschäftigten männlichen Normalerwerbstätigen orientiert. Gesündere und einkommensstärkere Bürger können sich den Sozialversicherungen entziehen, zurückbleiben die einkommensschwachen, die nicht selten gesundheitlich höher belastet sind. So existieren fortwährend Finanzengpässe, während die Kosten der Absicherung steigen. Die Beiträge mindern das verfügbare Einkommen der Arbeitnehmer und erhöhen die Lohnnebenkosten der Arbeitgeber. Sie belasten zudem jene Arbeitgeber, die Arbeitskräfte einstellen, und entlasten jene, die entlassen.

Die gegenwärtige fördernde und fordernde Existenzsicherung ohne vorausgehende Beitragsleistungen steht ebenfalls in der Kritik. So erscheint der Umgang mit den Betroffenen ob der Bedürftigkeitsprüfung vielen als entwürdigend, demütigend und stigmatisierend. Andere kritisieren, dass der Anreiz zur Aufnahme von Arbeit begrenzt sei, zum einen durch eine mangelnde Distanz der (niedrigen) Lohneinkommen zur Grundsicherung und zum anderen dadurch, dass ein eigenes zusätzliches Einnahmen schon ab 100 Euro vollständig auf die soziale Absicherung angerechnet wird.

Textquelle: Autorentext

Bedingungsloses Grundeinkommen

Die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens hat zum Ziel, allen ein Einkommen zu gewährleisten, das die Existenz sichert und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Es soll einen Rechtsanspruch darstellen, der ohne Bedürftigkeitsprüfung, ohne Zwang zur Arbeit und anderen Gegenleistungen garantiert wird. Auf diese Weise sollen die Menschen nicht nur von persönlichen wirtschaftlichen Abhängigkeiten, vom Leistungsdruck und von falscher Arbeit befreit werden; sie sollen auch ein autonomeres, selbstbestimmtes Leben führen können und unabhängiger sein bei der Suche nach Erwerbsarbeit. So soll auch Kreativität und Muße freigesetzt werden. Diskutiert wird vor allem die Auswirkung des bedingungslosen Grundeinkommens auf die Leistungsbereitschaft der Bürger.

Es gibt unterschiedliche Modelle, die sich insbesondere in der Höhe des gewährten Einkommens sowie der Finanzierung unterscheiden. Manche setzen auf die Finanzierung über Einkommenssteuern, andere auf Konsumsteuern. Sie unterscheiden sich auch darin, ob sie grundsätzlich das System der gesetzlichen Sozialversicherung ablösen sollen.

Textquelle: Autorentext

Bürgerversicherung

Die Idee der Bürgerversicherung hat das Ziel, alle Bürger und Bürgerinnen mit allen Einkommen in die Finanzierung der Gesundheitsversorgung und der Pflegekasse einzubeziehen. Die Finanzierung erfolgt vor allem über einkommensabhängige Beiträge mit und ohne Beitragsbemessungsgrenze; auch Kapitaleinkommen sollen einbezogen werden. Sind weitere Bedarfe zu befriedigen, muss ergänzend Steuerfinanzierung herangezogen werden. So sollen die Einnahmeseite verbessert und weitere Leistungskürzungen verhindert werden, während gleichzeitig die Beiträge sinken könnten. Auf diese Weise soll das Solidaritätsprinzip gestärkt werden.

Die Konzepte unterscheiden sich danach, ob es ein einheitliches selbstverwaltetes, solidarisch und paritätisch finanziertes sowie öffentlich kontrolliertes Krankenversicherungssystem für alle gibt oder ob Krankenversicherer unterschiedlicher Rechtsformen miteinander konkurrieren. Mit der Einbeziehung aller Bürger in die Sozialversicherung würde das System der privaten Krankenversicherungen in Frage gestellt beziehungsweise auf Zusatzversicherungen beschränkt.

Textquelle: Autorentext

Negative Einkommenssteuer

Die negative Einkommenssteuer soll ebenfalls bei Armut bedingungslos gezahlt werden, aber den Markt in seiner Funktionsweise nicht beeinträchtigen. Dabei sollen die Einkommen der Haushalte mit dem niedrigsten Einkommen so angehoben werden, dass sie ein Einkommen auf der Hälfte des Steuerfreibetrags erhalten (negative Steuer = Zuschuss). Steuern werden hingegen erst oberhalb des Steuerfreibetrags fällig. Der Freibetrag soll weiterhin von Familiengröße, Alter und Steuerabzügen abhängig sein. Da die Transferhöhe bewusst niedrig angesetzt wird, verbleibt eine Deckungslücke der existenziellen Sicherung. Damit soll ein Anreiz geschaffen werden, Arbeit anzubieten, um ein eigenes Einkommen zu erhalten. Der Rest der sozialen Absicherung soll über eigene Marktleistung und private Sicherung erfolgen.

Textquelle: Autorentext

Arbeitsvorschläge zu Lernmaterial siebzehn

Zur Risikoabsicherung und Armutsbekämpfung existieren unterschiedliche Möglichkeiten. Diese sollen in einem Expertenhearing vorgestellt und diskutiert werden. Dazu sind vier Gruppen zu bilden. Drei Expertengruppen vertreten jeweils das Modell des bedingungslosen Grundeinkommens, der Bürgerversicherung sowie der negativen Einkommenssteuer. Die vierte Gruppe besteht aus Politikern beziehungsweise Politikerinnen, die in der Diskussion herausfinden müssen, welches Konzept den Herausforderungen einer angemessenen sozialen Absicherung am ehesten Rechnung trägt.

1. Auf welche Herausforderungen sozialer Absicherung müssen solche Konzepte Antworten finden?
2. Inwiefern tragen sie zur existenziellen Sicherung und zur gesellschaftlichen Teilhabe bei?
3. Sollte die Finanzierung besser nach dem Solidar- oder dem Äquivalenzprinzip erfolgen?
4. Welche unbeabsichtigten Nebenwirkungen sind denkbar?
5. Zusatzaufgabe: Recherchieren Sie zu einem der diskutierten Modelle.
 - a) Wer sind die Befürworter, wer sind die Kritiker des Modells?
 - b) Welche Ausgestaltungsmöglichkeiten existieren?
 - c) Welche Probleme sind mit dem Modell verbunden?
 - d) Existieren Modellrechnungen, die über die Kosten und Nutzen Aufschluss geben?
 - e) Werden solche Modelle bereits umgesetzt?
 - f) Sind weitere Alternativen denkbar?

Kapitel drei drei: Lernmaterialien zum Themenblock drei: Die beste Sozialpolitik – eine gute Wirtschaftspolitik?

Aufgabenvorschläge zur Reflexion der bisherigen Themenblöcke

Die soziale Marktwirtschaft – noch sozial?

Wie stellt sich aus Ihrer Sicht die soziale Marktwirtschaft heute dar? Wann kann man sie „sozial“ nennen? Was gäbe es im Vergleich zur existierenden sozialen Marktwirtschaft wohl nicht? Wo wird das „Soziale“ in Frage gestellt und was wären die größten Herausforderungen? Beantworten Sie die folgenden vier Fragen.

1. „Sozial“ ist eine Marktwirtschaft, wenn ...
2. Die deutsche Wirtschaftsordnung wird als soziale Marktwirtschaft bezeichnet. Was gäbe es in einer freien Marktwirtschaft wohl nicht?
3. Viele sehen das „Soziale“ zunehmend in Frage gestellt? Woran ließe sich das festmachen?
4. Welche besonderen Herausforderungen ergeben sich für die soziale Marktwirtschaft heute?

Eine Prioritätenliste für den sozialen Ausgleich

Stellen Sie sich vor, Sie wären Regierungsmitglied und wollten mehr für den sozialen Ausgleich tun, aber auch die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nicht untergraben. Sie wissen, dass man nicht alles zur gleichen Zeit erreichen kann, dass Sie Verbündete gewinnen müssen und dass die Maßnahmen in der Regel nicht kostenlos sind.

1. Welche Ziele würden Sie vorrangig angehen? Erstellen Sie eine Prioritätenliste. Vergeben Sie die höchste Ziffer (elf) für das wichtigste, die nächsthöhere für das zweitwichtigste Ziel und so weiter.
2. Zählen Sie in der Gruppe die Punkte für die einzelnen Ziele zusammen.
3. Diskutieren Sie, ob die so ermittelte Agenda Ihren Prioritäten entspricht.
4. Entwickeln Sie Vorschläge zur Konkretisierung der wichtigsten Ziele.
5. Versuchen Sie, im Plenum die anderen Gruppen von Ihren Prioritäten zu überzeugen.
6. Machen Sie einzeln und in Gruppen Vorschläge zu den folgenden Stichpunkten:
 - a) für mehr Beschäftigung sorgen
 - b) Bildung verbessern
 - c) höhere Steuern für Einkommensstarke erheben
 - d) durch alle Bürger und Einkommen die Sozialversicherung finanzieren
 - e) mehr öffentliche Güter bereitstellen
 - f) Eigenvorsorge fördern
 - g) bedingungsloses Grundeinkommen einführen
 - h) Mindestlöhne einführen
 - i) Managergehälter begrenzen
 - j) Geldwertstabilität sichern
 - k) Wettbewerb fördern

Lernmaterial achtzehn: Positionen von Ökonomen zum Verhältnis von Wirtschaft, Wachstum und Ungleichheit

Ludwig Erhard

Für den deutschen Ökonomen und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der als Vater der sozialen Marktwirtschaft gilt, war es vor allem der Wettbewerb, der „eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt“, das „persönliche Leistungsstreben“ wachhalte und auf diese Weise den Wohlstand am besten mehren könne, um den arbeitenden Menschen nach Maßgabe der fortschreitenden Produktivität auch ständig wachsenden Lohn zukommen zu lassen. Es erschien ihm sinnvoller, die Wohlstandsmehrung über Expansion und damit einen größer werdenden Kuchen zu erreichen als über eine andere Verteilung des Sozialprodukts in zermürenden Verteilungskämpfen.

Textquelle: Ludwig Erhard, Wohlstand für alle. Düsseldorf: Econ Verlag, 1964, 8. Auflage

Wolfgang Kersting

Der deutsche Philosophieprofessor Wolfgang Kersting hält die Marktwirtschaft für sozial, weil sie für allgemeinen Wohlstand durch einen geordneten Wettbewerb sorgt, der zur ständigen Verbesserung der Güter führt. Deshalb müsste die staatliche Ordnung die Wettbewerbsdynamik pflegen, die Informationsfunktion der Preise sichern, Monopole und wirtschaftliche Übermacht verhindern, eine gleichmäßige Verteilung der öffentlichen Güter garantieren und die sozialen Kosten der Wirtschaftstätigkeit regulieren. Wenn die Marktwirtschaft diesen Beitrag zur Wohlstandsmehrung erbringt, ist sie ein moralisches System mit eigenständigem Wert und eine soziale Ordnung, selbst wenn sie nicht vollkommen ist.

Textquelle: Wolfgang Kersting, Wie gerecht ist der Markt? Ethische Perspektiven der sozialen Marktwirtschaft. Hamburg: Murmann, 2012

Joseph Stiglitz

Der US-amerikanische Ökonom Joseph Stiglitz geht davon aus, dass die Spitzeneinkommen nicht auf den gesellschaftlichen Beiträgen der Einzelnen beruhen, sondern auf einer Umverteilung von unten nach oben, die den Markt zum Vorteil von wenigen und zum Nachteil der Allgemeinheit verzerrt, während die Fähigkeiten der Einkommensschwachen brach liegen.

Textquelle: Joseph Stiglitz, Der Preis der Ungleichheit. Wie die Spaltung der Gesellschaft unsere Zukunft bedroht. München: Siedler, 2012

Thomas Piketty

Der französische Ökonom Thomas Piketty geht davon aus, dass sich das Kapital schneller vermehrt als die gesamte Wertschöpfung eines Landes und damit – trotz Wirtschaftswachstums – die Ungleichheit stärker wachse. Wenn aber die Schere zu weit geöffnet werde, seien Wachstumsperspektiven, Wohlstand und Demokratie gefährdet.

Textquelle: Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert. München: H.C. Beck, 2014

Robert und Edward Skidelsky sowie Richard Layard

Robert und Edward Skidelsky (der Vater ist emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaften, der Sohn lehrt Philosophie) gehen davon aus, dass die materiellen Bedingungen für ein gutes Leben – im reicheren Teil der Welt – bereits vorliegen. Demgegenüber hält die Wachstumsjagd nur von den guten Dingen des Lebens, wie Gesundheit, Achtung, Freundschaft und Muße, ab. Auf Ähnliches zielt auch der Ökonom Richard Layard. Da ab einem Pro-Kopf-Einkommen von circa 20.000 US-Dollar im Jahr das Glück nicht mehr proportional zum Einkommen steige, während Beziehungen zu anderen Menschen, das Gefühl etwas Nützliches und Wertvolles zu tun sowie Gesundheit und Freiheit wesentlich mehr zum Glück beitrügen, sei das Wirtschaftswachstum durch andere Zielsetzungen abzulösen.

Textquelle: Robert und Edward Skidelsky, Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens, München: Kunstmann, 2013; sowie Richard Layard, Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2005

Arbeitsvorschläge zu Lernmaterial achtzehn

Zur sozialen Marktwirtschaft, die für eine günstige Bedarfsdeckung sorgen und über Leistungsanreize ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum bewirken soll, das auch den Verteilungsspielraum verbessern kann, bestehen unterschiedliche Positionen. Für die einen ist dies der Ausweg, die Entstehungsbedingungen des Einkommens möglichst wenig in Frage zu stellen und zermürbende Verteilungskämpfe unnötig zu machen. Für die anderen ist die Verabsolutierung des Marktmechanismus und des Wirtschaftswachstums ein Irrweg.

1. Diskutieren Sie die Positionen im Rahmen eines Meinungsspektrums.
 - Die Marktwirtschaft ist von sich aus sozial.
 - Die Wirtschaft profitiert von größerem sozialem Ausgleich.
 - Wirtschaftswachstum ist ein Ausweg aus dem Dilemma.
 - Höheres Einkommen macht weder glücklich noch zufrieden.
2. Alle Themen können auch in einem Essay oder einer Hausarbeit vertieft werden.
 - a) Recherchieren Sie dazu die Positionen der Autoren und ihrer Kritiker (Lernmaterial vierundzwanzig).
 - b) Berücksichtigen Sie bei der Argumentation auch die Ergebnisse dieser Einheit.